

Annette Seidel-Arpaci

Von der migrantischen Selbstorganisierung der 1990er Jahre zur antirassistischen „Opferkonkurrenz“

Der multidirektionale Schlussstrich unter die Bekämpfung des Antisemitismus

I In Erinnerung an die migrantische Selbstorganisation

Ende 2019 wurde der Begriff „Baseballschlägerjahre“ in die breitere Öffentlichkeit getragen.¹ Seitdem wird über Erfahrungen berichtet, debattiert und in Print und TV versucht, die Jahre nach dem Mauerfall auch jenseits der Wiedervereinigungsgeschichte zu betrachten. Allein, der Begriff „Baseballschlägerjahre“ ist verharmlosend und die enge zeitliche Begrenzung weist eine Schieflage auf. Mit der Berliner Mauer fiel zuallererst die Nachkriegsbarriere gegen massenhafte gewalttätige Übergriffe und pogromartige Verfolgungen derjenigen, die als Migranten, „Zigeuner“, „Asylanten“ und Juden nicht zu Deutschland gehören sollten. Gleichzeitig mehrten sich Angriffe auf Homosexuelle, Obdachlose, Behinderte, AntifaschistInnen oder einfach „nicht-rechte“ Jugendliche. Für viele in Ost wie West war die Zeit um und nach dem Mauerfall über Jahre hinweg aber nicht nur von mit Baseballschlägern attackierenden Neonazi-Horden geprägt (oder, wie es oft verharmlosend heißt, von „rechtsgerichteten“ Jugendlichen), sondern auch von Brandanschlägen auf Asylunterkünfte und private Wohnhäuser, von marodierenden Bürgerinitiativen, randalierenden oder Beifall klatschenden Mobs unter Teilnahme ganzer Familien und Nachbarschaften. Dazu kam, dass oftmals von staatlicher Seite bei Übergriffen zumindest zugesehen wurde² und die

¹ Der Journalist Christian Bangel begann, den Begriff zu verbreiten mit einem Aufruf auf Twitter am 29.10.2019, in dem er schrieb: „Ihr Zeugen der Baseballschlägerjahre. Redet und schreibt von den Neunzigern und Nullern. It's about time.“, <https://twitter.com/christianbangel/status/1189058579183099904> (Stand:15.08.2021).

² Ecevit Durmaz beschreibt die Konsequenz daraus in einem Satz: „Wir haben gesagt, okay, jetzt können wir niemanden mehr anrufen, also haben wir uns gewehrt.“ Zitiert nach Alexandra Weltz-Rombach/Gülriz Egilmez, „Mit offenem Blick/Açık bakışla. Migrantische Perspektiven zur Erin-

„Asyldebatte“ Anfang der 1990er Jahre in einer Weise geführt wurde, die dem Marodieren auf den Straßen noch Öl ins Feuer goss. Zudem wollte man im Einheitstaumel nichts mehr hören vom Grund der deutschen Teilung. Und so kam für diejenigen, die – gerade in Berlin – Jahrzehntelang etwa in Kreuzberg neben der Mauer lebten, noch hinzu, dass Angehörige eines anderen Staates ihnen „Ausländer raus!“ entgegenschrien. Dem Mauerfall war nur wenige Jahre zuvor der sogenannte Historikerstreit vorausgegangen, und man wähnte sich an dem Punkt, wo es möglich sein musste, einen Schlussstrich unter die „deutsche Vergangenheit“ zu ziehen. Diesen Zusammenhang haben auch einige (Nachkommen von) MigrantInnen in Westdeutschland gesehen, auch wenn ihnen kollektiv unterstellt wurde und wird, mit „der deutschen Geschichte“ nichts zu tun zu haben.³ Derweil organisierten und vernetzten sich „die rechten Jugendlichen“ hüben wie drüber. Und bei allen, die nach dem Mauerfall die Bedrohung nicht wahrgenommen hatten, war der Schock groß, als man es rund zwei Jahrzehnte später „plötzlich“ mit einer im Untergrund agierenden Naziterrortruppe zu tun hatte, die willkürlich Menschen mit Schusswaffen hinrichtete – gerade so als hätte es nach 1945 keine antisemitischen und rassistischen Morde gegeben und als wäre die bewaffnete Untergrundorganisation nicht eine logische Folge aus den Zuständen nach dem Mauerfall. Den alltäglichen Übergriffen im Rahmen der deutschen Renationalisierung hat sich von Beginn an Selbstorganisierung und Selbstverteidigung entgegengesetzt, die sich in einigen Städten und Orten auf bereits vorhandene Organisierung stützen konnte, wie etwa in Berlin. Migrantische Selbstorganisierung (im Westen) hat nichtsdestotrotz nicht als Abwehr der Exzesse ab dem Mauerfall begonnen. Auch vorher musste man sich gegen Diskriminierung und Gewalt

nerungskultur des Mauerfalls und der Wendezeit“, in: Lydia Lierke/Massimo Perinelli (Hrsg.), *Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*, Berlin 2020, S. 157–187, hier 182.

³ Siehe etwa die Äußerungen von Sanem Klaff im Film *Duvarlar – Mauern – Walls* (2000) von Can Candan, der in den Jahren nach dem Mauerfall Gespräche mit türkischstämmigen Berlinerinnen und Berlinern geführt hat: „Als 1989 die Mauer geöffnet wurde, habe ich mich sehr gefreut. Ich lebe seit 1970 in Berlin. Wie konnten die Menschen bloß diese Mauer all diese Jahre hinnehmen? [...] Aber sobald ich anfing, über die Bedeutung dieses Ereignisses nachzudenken, packte mich in meinem Inneren eine große Wut. Die Wut, die ich verspürte war, wie kann das nur sein? Deutschland hatte zwar den Krieg verloren, aber keinerlei Nachteile daraus erlitten. Es wurde zwar geteilt, aber aus dem Osten entstand innerhalb von 40 Jahren das fortschrittlichste Land des Ostblocks und der westliche Teil entwickelte sich zum reichsten Land des Westens. Vom Krieg gab es keine Spur mehr, außer der Teilung. Jetzt gibt es auch die nicht mehr, d.h., von der Vergangenheit würde nichts mehr übrigbleiben, und die Deutschen würden alles vergessen, was passiert war. Es gäbe auch keinen Grund mehr, nicht zu vergessen. Zwar unlogisch, aber mir kam es ungerecht vor.“ <https://www.bpb.de/mediathek/305232/duvarlar-mauern-walls>

verteidigen. Im Folgenden soll es also zunächst um die rassistischen und antisemitischen Übergriffe und Pogrome in Ost und West gehen sowie um Beispiele von Selbstorganisierung dagegen.⁴ Hier soll ein Schwerpunkt auf einem Netzwerk liegen, das die gesellschaftliche Erfahrung des Nationalsozialismus, die verweigerte Erinnerung an die Shoah, die gesellschaftliche Deckung der Nazitäter sowie eine Solidarität mit Israel zum Ausgangspunkt machte; und auf den Gruppen, die sich nicht an nationalen, ethnischen oder religiösen Zugehörigkeiten oder Zuschreibungen orientiert haben, sondern an der Erfahrung und Einschätzung der Situation in Deutschland. In einem zweiten Teil wird besprochen, in welcher Weise Ansätze, die die Shoah zum Ausgangspunkt ihres Denkens und Handelns gemacht haben, in der dominanten dekolonialen Debatte ‚multidirektional‘ überschrieben werden sollen. Akteure dieser Debatte wollen die Bekämpfung von Antisemitismus, so er links, migrantisch oder akademisch und ‚kulturschaffend‘ ist, nicht mittragen oder sich selbst der ‚Israelkritik‘ beraubt sehen. Und dazu bedienen sie sich insbesondere des Antirassismus, der, wie Pascal Bruckner es (mit Sigmund Freud) treffend ausdrückt,

an sein Ende [kommt], wenn er sich dem verschreibt, was er anprangert, nämlich der Verachtung einer genau bestimmten Gruppe, was mehr zur Festigung einer Gemeinschaft beiträgt als Aufrufe zur Harmonie und zum Respekt von allen. Freud hat uns schon in *Das Unbehagen in der Kultur* gewarnt: „Es ist immer möglich, eine größere Menge von Menschen in Liebe aneinander zu binden, wenn nur andere für die Äußerung der Aggression übrigbleiben.“⁵

Das bemerkenswert pazifistische Deutschland⁶

Die Nachricht vom Mauerfall erreichte mich und mehrere Freundinnen und Freunde zuhause am Küchentisch in einer größeren bayerischen Stadt. Zufällig

⁴ Hier ist weder die Rede von den MigrantInnenvereinen und Arbeitervereinen, die es seit Ankunft der „Gastarbeiter“ in Westdeutschland gab, noch von Selbstorganisationen, die ab Ende der 1990er Jahre gegründet wurden, um sich in der Migrationspolitik einzumischen und sich in Lobbyarbeit und kommunaler Arbeit u.ä. zu engagieren. Es geht vielmehr um unabhängige Gruppen, die mehrheitlich von MigrantInnen getragen wurden.

⁵ Pascal Bruckner, *Der eingebildete Rassismus. Islamophobie und Schuld*, Berlin 2020, S. 107.

⁶ „Even after the united Germany revealed itself to be remarkably pacifist and wrapped up in its own domestic problems of unemployment and other economic costs of unification, the image of German jackboots could still be mobilized for the headlines of the British tabloid press [...]. West Germans, having spent half a century leaning over backwards to prove that they were the least nationalistic, most pacifist, most ‘European’ of nations, found that every flutter of xenophobia, every racist attack or incident, was magnified a thousandfold in the international press.“ Zu dieser

gerweise war in diesen Tagen ein Freund aus den Niederlanden zu Besuch. Es waren auch bei uns bald Sprechchöre zu hören, am Abend gespenstisch in engen Altstadtgassen widerhallend. So kam es, dass von 1989 an am 9. November sowie an den Tagen davor und danach die Erinnerung an das Novemberpogrom von 1938 mit gegröltet „Deutschland den Deutschen!“ und „Ausländer raus!“ übertönt wurde. Irgendwann wurde ein großes Transparent aus unseren Fenstern gehangen. Der genaue Wortlaut ist mir nicht mehr präsent, aber es war ein antifaschistisches Statement und hatte noch irgendeinen hilflosen und, genauer betrachtet nicht wirklich passenden, Zusatz, der sich auf „internationale Solidarität“ bezog.

Heute wird an bestimmte Übergriffe und Pogrome erinnert, die mit den Namen Hoyerswerda oder Rostock und insgesamt mit Ostdeutschland verbunden sind. Das erscheint einerseits richtig angesichts der Signalwirkung der Pogrome in diesen Städten, andererseits hat dies aber einen verengten Blick auf die gesamte Lage zur Folge. Vor allem ist es richtig, an diejenigen zu erinnern, die den Übergriffen ausgesetzt waren, und an alle, die ermordet worden sind. Aber es gab auch an vielen Orten Westdeutschlands jahrelang Übergriffe, Brandanschläge und rassistische und antisemitische Zusammenrottungen. Dafür stehen die Brandanschläge auf Wohnhäuser in Mölln und Solingen, bei denen im November 1992 und im Mai 1993 acht Frauen und Mädchen ermordet wurden: Ayşe Yılmaz, Yeliz Arslan, Bahide Arslan, Gürsün İnce, Saime Genç, Hülya Genç, Hatice Genç und Gülistan Öztürk. 23 weitere Menschen wurden an beiden Orten zumeist schwer verletzt. Die Täter in Mölln waren allseits bekannte Rechte und die vier Täter von Solingen kamen von einem Polterabend in einem örtlichen Kleingartenverein. Erinnert sei hier jedoch an Mannheim-Schönau und an Babenhausen, zwei Orte unter vielen anderen.

Die rassistischen Ausschreitungen um Pfingsten 1992 im Mannheimer Stadtteil Schönau vor einer Flüchtlingsunterkunft gingen dem Pogrom in Rostock drei Monate voraus. Sie sollen hier dargestellt werden, weil sie der klassischen Logik rassistischer oder antisemitischer Zusammenrottungen folgen, die letztlich auf

Einschätzung kam die britische Historikerin und Professorin für neuere deutsche Geschichte Mary Fulbrook am Ende der 1990er Jahre. Sie verdeutlichte damit ein weitverbreitetes Desinteresse an der rassistischen und antisemitischen Gewalt in Deutschland und der Situation der davon Betroffenen. Dies änderte sich einige Jahre später auf der internationalen akademischen Bühne, insbesondere in der Germanistik, nachdem man entdeckte, dass sich einige türkisch-deutsche und jüdisch-deutsche Autorinnen und Autoren in ihren Werken aufeinander und auf die Wiedervereinigungsgewalt bezogen. Diese damalige Nonchalance soll hier als Vorgriff auf den zweiten Teil des Artikels stehen. Vgl. Mary Fulbrook, *German National Identity after the Holocaust*, Cambridge 1999, S. 3–4.

Gewalt und Mord aus sind. Zuerst war das Gerücht. In Mannheim-Schönau verbreitete sich das Gerücht, dass eine Frau von einem Bewohner der Flüchtlingsunterkunft vergewaltigt worden sei – angesichts der Anzeige einer jungen Frau wegen Vergewaltigung durch einen amerikanischen Freund. Zwischen dem 26. Mai und dem 2. Juni 1992 versammelten sich allabendlich Hunderte, zum Teil mit Stöcken bewaffnete AnwohnerInnen vor dem Heim und riefen rassistische Parolen. Was auch schon anderswo deutlich geworden war, wurde in Mannheim-Schönau überdeutlich: Es handelte sich um „ganz normale Bürger“, die ihrem Ressentiment freien Lauf ließen und mitnichten lediglich um organisierte Rechte. Nach zwei Tagen abendlicher Belagerung begaben sich nach einem Vatertagsfest am 28. Mai 1992 bis zu 400 AnwohnerInnen zur Unterkunft in Mannheim-Schönau, riefen rassistische Parolen, warfen Fensterscheiben ein und versuchten mehrmals, das Gebäude zu stürmen. An jenem Abend erschien der Oberbürgermeister, um beschwichtigend auf die Menge einzuwirken, sprach aber kein Wort mit den in der Unterkunft eingeschlossenen und verängstigten Leuten. Schlussendlich wurden Anfang Juni engmaschige Gitter an den Fenstern des Heimes angebracht, um „etwaige Provokationen“ von Seiten der Asylbewerber zu unterbinden.⁷ Hier wird auch das Muster sichtbar, das immer wieder zutage trat: die durch „Volkszorn“ Bedrohten werden implizit oder explizit zu den Angreifern gemacht, d. h. die Angreifer selbst begründen ihre Ausschreitungen damit, sich verfolgt zu wähnen, auch wenn sich die Lage gegenteilig verhält.

Im hessischen Babenhausen kam es ab Anfang der 1990er Jahre, z.T. auch in Verbindung mit Zusammenrottungen am Vatertag wie in Mannheim-Schönau, zu massiven antisemitischen Anfeindungen gegen den einzigen noch im Ort lebenden Juden, Tony A. Merin, die einen Höhepunkt erreichten, als in der Nacht zum 1. Mai 1997 sein Wohnhaus und seine Tex-Mex-Bar angezündet wurden und ausbrannten. Merin siedelte schon 1993 in die USA über, nachdem die Radkappen an seinem Wagen gelockert worden waren.⁸ Gegen diese Zustände gab es rund zwei Wochen nach dem Brandanschlag einen nicht zuletzt von MigrantInnen organisierten Protest vor Ort.

Was passiert war, beschreiben MitorganisatorInnen dieses Protests sechs Jahre später noch einmal in einem Beitrag:

⁷ Siehe Komitee Schönau nicht vergessen!, Infobroschüre zum 15. Jahrestag der rassistischen Ausschreitungen in Mannheim-Schönau, 5/2007, S. 5, <http://juz-mannheim.de/wp-content/uploads/2018/03/Sch%C3%B6nau-nicht-vergessen.pdf> (Stand: 12.08.2021).

⁸ Vgl. Klaus-Peter Klingelschmitt, „Babenhausen ist jetzt judenfrei“, in: taz, 06.05.1997, <https://taz.de/!1401961/> (Stand: 14.08.2021).

1993 hatte sich Tony Merin entschlossen, aufgrund der sich häufenden antisemitischen Angriffe, in die USA zu gehen („Wir brennen dir die Bude ab“ war eine der vielen Drohungen; 2 Dutzend Jugendliche demonstrierten am Vatertag vor seinem Haus mit Hitlergruß; die Radmuttern seines Autos wurden gelöst). Er fürchtete um sein Leben. In der Nacht zum (national)revolutionären 1. Mai 1997 wurden dann die ständigen Drohungen und Babenhausener Stammtischgespräche wahr gemacht: Seine Häuser wurden angezündet und brannten vollständig aus. Es muss eine größere Truppe unterwegs gewesen sein: Das Feuer wurde gleichzeitig an mehreren Stellen gelegt, 9 Benzinkanister wurden im Haus gefunden, die Wände waren mit antisemitischen und rechtsradikalen Schmierereien übersät. Weder monatelange Ermittlungen durch die Polizei noch eine ausgesetzte Belohnung konnte die verschworen-verschwiegene Babenhausener Volksgemeinschaft zur Kooperation bewegen. Die Ermittlungen wurden eingestellt, ohne Täter zu benennen. „Jetzt ist Babenhausen jüdenfrei“, hat Tony Merin den Bewohnern nicht nur ins Stammbuch, sondern auch auf ein Schild an seinen Häusern geschrieben.⁹

Gegen diese Zustände organisierten sich Menschen auf verschiedenen Ebenen; um einen „objektiven“ Überblick kann und soll es hier nicht gehen, sondern um einen kurzen Abriss der Ansätze vor allem derjenigen Gruppen, die sich mit den Entwicklungen ab den 1980er und vor allem 1990er Jahren „als MigrantInnen“ zusammengefunden haben. Der Redlichkeit halber muss aber darauf verwiesen werden, dass antisemitische Mobilisierungen und Angriffe wenig bis gar keine antirassistische oder migrantische Antwort hervorriefen.

Migrantische Selbstorganisierung, die hier gemeint ist, ist eine autonome. Sie entstand aus der Notwendigkeit, sich den zunehmenden Übergriffen entgegenzustellen, und gleichzeitig in der Erkenntnis, dass man es in politischen Gruppierungen, die sich antirassistisch nannten, mit Bevormundung und Stereotypen dessen zu tun hatte, was als migrantisch/ausländisch „genug“ und ausreichend „betroffen“ von Rassismus galt. So formierten sich – oft auch in der Auseinandersetzung mit deutschen linken Gruppen – etwa Antifaşist Gençlik, Café Morgenland, Grenzfall, Dirna, KöXüZ, Die Unmündigen u. a. ab den späten 1980er bzw. in den 1990er Jahren. Ende der 1990er Jahre wurde das Netzwerk Kanak Attak gegründet.¹⁰ Die Gruppe FeMigra (Feministische Migrantinnen) entstand Anfang der 1990er Jahre in Frankfurt. In Bayern entstand ein Zusammenschluss

⁹ Morgenland, Inc./Fluchschrift, Antisemitismus in Babenhausen: Sechs Jahre nach dem Brandanschlag, in 6000, Juli 2003, zitiert nach haGalil <https://www.hagalil.com/archiv/2003/08/babenhausen.htm> (Stand: 14.08.2021). Bei dem Protest gegen den Brandanschlag entstand auch der Kurz-Dokumentarfilm *Babenhausen*, R: Hito Steyerl (D) 1997.

¹⁰ Siehe dazu Nanna Heidenreich/Vojin Saša Vukadinović, In Your Face: Activism, Agit-Prop and the Autonomy of Migration; The Case of Kanak Attak, in: Reinhild Steingrüber/Randall Halle (Hrsg.), After the Avant-Garde. Contemporary German and Austrian Experimental Film, Rochester 2008, S. 131–156.

von Frauen ‚bi-nationaler‘ Herkunft, die sich mit den rassistischen und antisemitischen Zuständen in antirassistischen oder feministischen Gruppierungen und der Kunstszenen auseinandersetzten. Seit den 1980er Jahren gab es in Berlin und Westdeutschland auch ein Netzwerk von ‚Migrantinnen, Schwarzen und jüdischen Frauen‘.¹¹ Dieses Netzwerk entstand gleichzeitig mit einer jeweiligen Selbstorganisierung von schwarzen deutschen, migrantischen und jüdischen Feministinnen, die auf ähnliche Grenzen innerhalb der deutschen feministischen Gruppen stießen. Maria Baader etwa beschrieb diese Erfahrungen so:

Im Herbst 1985 traten wir als Gruppe also erstmals in die Öffentlichkeit der Westberliner Frauenszene. Wir wollten uns an diesem Nachmittag vorstellen, über unseren Entstehungsprozeß berichten und die anwesenden Frauen an unseren Fragen und Zweifeln teilhaben lassen. Wir waren gutwillig und freundlich. Umso mehr verstörte uns der tatsächliche Ablauf der Veranstaltung, denn unser Publikum reagierte auf uns abwehrend und aggressiv zugleich. [...] Vor allem aber stellten wir fest, daß allein unsere Anwesenheit und unser Wunsch als jüdische Frauen wahrgenommen zu werden, schon eine Provokation waren. [...] Und dann wagten wir, den Umgang der modernen Frauenbewegung mit dem Nationalsozialismus zu hinterfragen. [...] Wenn wir auf die Geschichte der Verfolgung jüdischer Frauen und Männer hinwiesen, wurde uns mehr als einmal entgegnet, daß „Frauen“ sich lange genug mit „Juden“ beschäftigt hätten und daß es an der Zeit wäre, die „dreißig Millionen ermordeter Hexen“ in den Mittelpunkt der Frauengeschichte zu stellen.¹²

Hier zeigt sich ein Muster, dass sich damals wie heute durch die Debatten zieht: Wenn es darum geht, den Nationalsozialismus und die Shoah zu thematisieren und nicht in vergangenheitsbezogenen Ritualen ad acta zu legen, bzw. um jüdische Erfahrungen und Antisemitismus heute, wird im Grunde ein ‚Privileg‘ behauptet, das es nie gab – nämlich, dass man sich ‚immer nur mit Juden‘ befassen würde. Hier decken sich die Reflexe der Feministinnen der 1980er Jahre mit den heutigen AntirassistInnen. Und auch innerhalb des Netzwerks, das über Jahre auch Tagungen, etwa mit dem Schwerpunkt kultureller und wissenschaftlicher Arbeit von Frauen aus ‚kulturell-ethnischen Minderheiten‘ in Deutschland, organisierte, zeigte sich schon ab den 1980er Jahren, dass die Hoffnung auf An-

¹¹ Hier sei insbesondere auf die folgenden Sammelbände verwiesen: Ika Hügel/Chris Lange/May Ayim/Ilona Bubeck/Gülßen Aktaş/Dagmar Schultz (Hrsg.), *Entfernte Verbindungen. Rassismus, Antisemitismus, Klassenunterdrückung*, Berlin 1993; sowie Cathy S. Gelbin/Kader Konuk/Peggy Piesche (Hrsg.), *AufBrüche. Kulturelle Produktionen von Migrantinnen, Schwarzen und jüdischen Frauen in Deutschland*, Königstein/Taunus 1999.

¹² Maria Baader, Zum Abschied. Über den Versuch, als jüdische Feministin in der Berliner Frauenszene einen Platz zu finden, in: Ika Hügel/Chris Lange/May Ayim/Ilona Bubeck/Gülßen Aktaş/Dagmar Schultz (Hrsg.), *Entfernte Verbindungen. Rassismus, Antisemitismus, Klassenunterdrückung*, Berlin 1993, S. 82–94, hier S. 83–84.

näherungen aufgrund der jeweils erfahrenen Diskriminierungen immer wieder an Grenzen stieß. Das sogenannte Privileg von jüdischen Frauen als ‚weiß‘ tauchte immer wieder auf. Cathy Gelbin verwies darauf, dass „jüdische Themen im antirassistischen und multikulturalistischen Diskurs tendenziell als zu ‚dominant‘ verworfen“ wurden und sprach von einem „dünnen Zusammenhalt“ im Netzwerk.¹³ Nichtsdestotrotz war dieses noch geprägt von der Vorstellung einer Positionalität, d. h. der selbstverständlichen Möglichkeit, sich in Bezug auf gegebene Bedingungen und Zuschreibungen zu verorten, anstatt einer essentialisierenden Identitätspolitik anzuhängen.

In Berlin wurde noch vor dem Mauerfall die Antifaşist Gençlik (Antifaschistische Jugend) gegründet, die aus bestehenden migrantischen Vereinen, Jugendbanden und linken Gruppen entstand. Es bildeten sich auch in anderen deutschen Städten Antifa Gençlik-Gruppen zur Selbstverteidigung. Mitte der 1990er Jahre lösten sich die Strukturen als Folge staatlicher Repression auf.¹⁴ Diese Geschichte und ihre Auswirkungen auf Einzelne müssten sehr viel ausführlicher beschrieben werden. Im Weiteren entstanden jedoch aus der Antifaşist Gençlik andere Gruppen, die die Situation in Deutschland auf der Basis der Geschichte des Nationalsozialismus betrachteten.

FeMigra (Feministische Migrantinnen) gründete sich 1991 in Frankfurt am Main. Encarnación Gutiérrez Rodríguez zitiert zu den Ansätzen dieses Zusammenschlusses Folgendes:

Die Bestimmung unserer eigenen politischen Identität als Migrantinnen verstehen wir als Gegenentwurf, als Bezeichnung eines oppositionellen Standorts. Wir sind uns der Gratwanderung bewusst, auf die wir uns begeben, wenn wir eine strategisch gedachte Identität konstruieren, die möglicherweise für einige ausschließend und für andere wiederum einengend wirkt. Doch erscheint es uns wichtig, dass über die Position, die wir einnehmen, die Einwanderungsgeschichte und -politik dieses Landes in den Mittelpunkt rückt. Dabei geht es uns auch darum, die herrschende Kulturalisierung von sozialen Unterschieden in Frage zu stellen, die uns auf die Position der Anderen und Fremden verweist. Indem wir dagegen versuchen, eine Migrantinnen-Politik zu bestimmen, die sich nicht in nationalen oder kulturellen Räumen verortet, sondern Widerstandsmöglichkeiten innerhalb der gesellschaftlichen Widersprüche aufsucht, möchten wir die Logik der Spaltung des Eigenen vom Fremden

¹³ Vgl. Cathy S. Gelbin, Die jüdische Thematik im (multi)kulturellen Diskurs der Bundesrepublik, in: Cathy S. Gelbin/Kader Konuk/Peggy Piesche (Hrsg.), AufBrüche. Kulturelle Produktionen von Migrantinnen, Schwarzen und jüdischen Frauen in Deutschland, Königstein/Taunus 1999, S. 87–111, hier S. 88.

¹⁴ Fiktionalisiert nachzulesen ist die Geschichte der Gruppe bei Raul Zelik, Friss und stirb trotzdem, Hamburg 1997.

(und umgekehrt) aufbrechen und aus der uns zugeschriebenen Objektposition heraustreten.¹⁵

Gutiérrez Rodríguez macht hier deutlich, dass die Bezeichnung als ‚Migrantinnen‘ weit gesteckt sein konnte und auch eine Antwort auf die Kulturalisierung der Debatten ab den 1990er Jahren gewesen ist. Weiterhin verweist sie darauf, dass viele Gruppen auch „geprägt von den individuellen Widerstandsbiographien ihrer Mitglieder“¹⁶ waren, d. h. etwa von antifaschistischen Widerstandsgeschichten der eingewanderten „Gastarbeiter“-Eltern aus Griechenland oder Spanien. FeMigra wandte sich jedoch bereits postkolonialen Ansätzen zu, was später auch bei Kanak Attak (siehe unten) der Fall war.

Kurz davor war ebenfalls in Frankfurt am Main Café Morgenland entstanden und verband sich mit affilierten Gruppen im Bundesgebiet. Café Morgenland und verwandte Gruppen schärften ihre Ansätze nicht zuletzt durch die Auseinandersetzung mit dem, was in der Linken ab dem Mauerfall unter dem Label ‚antinational‘ entstanden war, und mit deutschen antirassistischen Gruppen. Neben dem Verfassen von Texten entwickelte sich eine Praxis der ‚Nadelstiche‘, von öffentlichen Interventionen in Orten, an denen deutsche BürgerInnen Übergriffe begingen, Brandanschläge verübt hatten, NS-TäterInnen nach wie vor unbekillt lebten oder sich antisemitische Bürgerinitiativen gegründet hatten. Der Ausgangspunkt war zunächst gewesen, den Rassismus in der deutschen Linken anzugreifen, jedoch nicht auf der Grundlage eines postkolonialen Antirassismus, sondern als Ausdruck eines ‚German Problem‘. Und dessen Basis waren der Nationalsozialismus und die fortgesetzte Weigerung von Deutschen, sich mit den deutschen Verbrechen zu befassen, bzw. das Fortleben eines Vernichtungsdrangs gegen ‚andere‘ wie er sich in den Pogromen und Morden nach dem Mauerfall ausdrückte. Insofern war es selbstverständlich, dass auch die aktuelle Situation von Juden und der Antisemitismus nicht aus dem Blickfeld gerieten. Während der Schwerpunkt immer auf dem ‚Deutschenproblem‘ lag, war es allerdings auch möglich, Antisemitismus unter MigrantInnen zu thematisieren. In einem Text, der auf einem Vortrag von Café Morgenland und KöXüZ (Berlin) im Mai 1997 in Berlin-Kreuzberg beruht und aus dem aus dokumentarischen Gründen hier ausgiebig zitiert sei, heißt es:

15 FeMigra, zitiert nach Encarnación Gutiérrez Rodríguez, FeMigra Reloaded. Migrantischer Feminismus und Bündnispolitik, in: Migrazine 2019/1, <https://www.migrazine.at/artikel/femigra-reloaded-migrantischer-feminismus-und-bundnispolitik> (Stand: 15.08.2021).

16 Rodríguez, FeMigra Reloaded.

Antirassismus und Antisemitismus – geht das zusammen? Wie wäre es anders zu erwarten? Man kann ohne eine Spur Scham oder Selbstkekel gleichzeitig antirassistisch und antisemistisch sein. Hier in Deutschland, wo der Rassismus grassiert und wo sich eine besondere Tradition in der ‚Lösung‘ dieser ‚Frage‘ bis heute verfolgen läßt, stößt man auf die Koexistenz zweier verwandter, jedoch entgegengesetzter Phänomene.

Es gehört zum kulturellen Code der sogenannten Zivilgesellschaft, daß man sich als AntirassistIn und Anti-AntisemitIn definiert. [...]

Gegen Rassismus und Antisemitismus sind die meisten MigrantInnen, viele verstehen sich auch als AntifaschistInnen. Wird nun aber ein höchst verschwommener Anti-Antisemitismus bemüht, um die eigene politische Argumentation in gewissen Momenten zu verschärfen, werden auch antisemitische Phrasen laut.

Dabei meinen sie – und dafür schätzen sie sich sogar als sehr mutig ein –, daß man im Land der Täter Tabus brechen und die ganze Wahrheit über ‚die reichen Juden‘ oder ‚die jüdische Lobby‘ endlich mal aussprechen muß. Einerseits werden die Deutschen gerne in die moralische Mangel genommen, daß sie doch damals 6 Millionen Jüdinnen und Juden vernichtet hätten (was auch immer berechtigt sein wird), andererseits wird der Zusammenhang der Vernichtung mit der Entstehung des Staates Israel geleugnet: damit die Theorie vom Blockwart des US-Imperialismus im Nahen Osten nicht angekratzt wird.

Interessanterweise ist gerade der linke Internationalismus, anders als bürgerlicher Universalismus, dafür prädestiniert, die Besonderheit der Verfolgung der jüdischen Minderheiten, egal wo sie gelebt haben oder heute noch leben, zu ignorieren. Egal, welcher Art ‚linken Selbstverständnisses‘ man auch anhängt: mit den Begriffen Faschismus, Klassenkampf, Arbeit und Proletariat als Wunderschlüssel zur Geschichte läßt sich alles rationalisieren. Daß Antizionismus als Deckmantel für Antisemitismus dient, ist bekannt. Daß AntizionistInnen nicht selten die Juden in der ganzen Welt meinen und angreifen, ebenfalls. [...]

Bei all den Belehrungen, die sich die Deutschen von MigrantInnen berechtigterweise anhören müssen, tritt dabei ein bemerkenswertes Phänomen auf: Es wird kaum ein Wort über die Vernichtung der Sinti und Roma und anderer Unwerter verloren. Dies wird bestenfalls ignoriert. Es geht den meisten nur um die imposante Zahl von 6 Millionen toten Jüdinnen und Juden. Das macht mehr Eindruck – weil es eine größere Zahl darstellt – als die halbe Million ermordeter Sinti und Roma. Mit anderen Worten: es geht nicht um das, was passiert ist, wie es passiert ist, wer die Opfer waren und warum etc.

Die Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden durch die Deutschen wird in diesem Zusammenhang funktionalisiert. Sie machen sich nicht mal die Mühe, sich vorzustellen, daß eine ganze Maschinerie, bestehend aus ALLEM und ALLEN, in Gang gesetzt wurde, um bis in die abgelegensten Gegenden auf dem Balkan, in der SU usw. Leute aufzuspüren, um sie durch Massenerschießungen, durch dafür speziell konstruierten Gaswagen zu töten, sie Tausende von Kilometern an ganz speziell dafür eingerichtete Orte zu deportieren, damit sie auf eine ganz bestimmte Art und Weise vernichtet werden. Sie machen sich nicht mal die Mühe zu verstehen, daß dieser Vernichtungsprozeß den Rahmen aller herkömmlichen Theorien sprengt (auch mit marxismustheoretischen Ansätzen ist die Shoah nicht erklärbar) und von keiner geschichtlichen Erfahrung eingeholt werden kann.

Die Konzentration bzw. Ausschließlichkeit der Bezugnahme auf diese runde, große Zahl erfolgt auch nicht deswegen, weil man Erkenntnisse über die Singularität dieses Verbrechens gewinnen will. Dies wird spätestens dann deutlich, wenn im gleichen Atemzug sorg- und geschichtslos Vergleiche mit der eigenen Leidensgeschichte bzw. der Leidensgeschichte anderer Verfolgter angestellt werden. Dann werden die toten Roma und Sinti zu Kronzeugen

gegen jüdische Opfer, um deren ‚Alleinvertretungsanspruch‘ zu bekämpfen – wie in der Goldhagendebatte. Die Shoah wird mit der Vernichtung der Armenier durch die Türken, mit dem Massaker an den Ureinwohnern Nordamerikas gleichgesetzt.¹⁷

Kanak Attak wiederum entstand Ende der 1990er Jahre und zielte mit Aktionen wie der „Kanak History Revue“ auf einen breiteren, den politischen Aktivismus überschreitenden Rahmen. Es ist davon auszugehen, dass auch der mediale Erfolg dieser Gruppierung nicht zuletzt mit der veränderten „Erinnerungspolitik“ und dem Wechsel von einer konservativen zu einer rot-grünen Regierung und einer entsprechenden Stimmung zu tun hatte: Nun war die Rede explizit von Rassismus, aus „Ausländern“ wurden „Migranten“ und „Menschen mit Migrationshintergrund“, und die Bundesrepublik war auf dem Wege, sich als „Einwanderungsland“ bezeichnen zu wollen.

Ihren jeweiligen Ausgangspunkt und die Bezugnahme gegen Rassismus erklärten all diese Gruppen unterschiedlich. Während Café Morgenland und die damit verbundenen Zusammenschlüsse den Nationalsozialismus und die Shoah und das Fortleben des völkischen Gedankenguts zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen und ihres Handelns machten, taten andere Gruppen dies teilweise ebenfalls, bezogen sich jedoch im Weiteren auf einen linken – und zunehmend postkolonialen – Begriff von Antirassismus.

Die jeweilige Analyse bestimmte denn auch das Handeln der einzelnen Zusammenschlüsse. Ein Streitgespräch im Jahr 2000 zwischen Café Morgenland, Dirna, köXüz (Hamburg) und Kanak Attak machte denn auch die Trennlinien deutlich: Kanak Attak erklärte seine Entstehung aus „der Wahrnehmung einer Krise. Der Krise des Antirassismus und der Krise der Selbstorganisierung.“¹⁸ Kanak Attak bezieht sich auf eine postmoderne ‚Kanaken‘-Kategorie, die sich an veränderten Bedingungen für „kanakische Präsenz“¹⁹ in Deutschland festmacht. Mehrfach wird ein Anspruch deutlich, der sich auf „die Massen der kanakiserten“²⁰ beruft und sich vom alten revolutionären Subjekt nicht so sehr zu unterscheiden scheint. Im Gegensatz dazu bestand Café Morgenland darauf, sich „ausgehend von der Shoah“ gegründet zu haben. Weiter heißt es:

Auschwitz ist und bleibt für diese Gesellschaft, in der wir uns befinden, die Ausgangslage unserer ganzen Überlegungen. Gleichzeitig haben wir aus der Geschichte erfahren, dass

¹⁷ Café Morgenland (Frankfurt/M.)/KöXüz (Berlin), Antisemitismus unter MigrantInnen. Eine Rede gegen falsche Gemeinsamkeiten, 23.05.1997, https://direnis.tripod.com/texte/antisemitismus_unter_migrantInnen.htm (Stand: 03.08.2021).

¹⁸ KöXüz, Sonntagsgespräch, in: köXüz, 13/2000, S. 9.

¹⁹ KöXüz, Sonntagsgespräch, S. 9.

²⁰ KöXüz, Sonntagsgespräch, S. 9.

diese Gesellschaft imstande ist, nicht nur aus ihren eigenen Reihen sondern auch von anderswo her Leute für ihre Verbrechen zu rekrutieren. [...] Wir haben mit dem Antirassismus das eigentliche Problem dieses Landes gedeckelt.²¹

Letztlich ausgehend vom Jugoslawienkrieg und einer – auch unter MigrantInnen – verbreiteten Verteufelung von SerbInnen in Deutschland verabschieden sich Café Morgenland und Dirna in den 1990er Jahren deshalb vom „Antirassismus“ und dem „MigrantInnengetue“, weil „die ganzen Etiketten ein Schwindel sind.“²² Bei Kanak Attak wäre zudem, heißt es, der Antisemitismus ein Tabuthema, um nicht etwa Deutsche oder MigrantInnen vor den Kopf zu stoßen. Der folgende Ausschnitt macht einmal mehr deutlich, dass weder Zusammenarbeit noch eine an nähernd ähnliche Einschätzung des bisherigen möglich sind:

KANAKATTAK (W): [...] Kanaken sind sind sozusagen all diejenigen, die in diesem System der Hierarchisierung von Lebensverhältnissen, d. h. Rassismus, leben und gleichzeitig die Art und Weise wie sie eine Haltung dazu einnehmen.

M [Moderator]: Diese ‚neue Haltung‘, die taucht immer wieder z. B. in euren Publikationen auf. Was macht die Qualität dieser ‚neuen Haltung‘ aus?

KANAKATTAK (W): Die neue Haltung resultiert aus den historischen Errungenschaften, wofür u. a. auch die Gruppen wie Cafe Morgenland und Köxüz gesorgt haben. D. h. sie resultieren aus den historischen Errungenschaften, die die Selbstorganisierung...

CAFEMORGENLAND (D): Das haben wir nicht gewollt.

KANAKATTAK (W): Macht nichts, das habt ihr geschafft. Sie resultiert aus den historischen Erfahrungen, die die kanaksche, die migrantische Bewegung im Laufe der 90er geschafft haben. D. h. sich stark zu machen für die eigenen Belange und Interessen, und auch für ein starkes migranten-politisches Engagement zu sorgen.²³

Dieses „migranten-politische Engagement“ ist unterdessen viel weiter fortgeschritten – auch in Richtung des Tabubrechens dessen, was als zu dominant imaginiert wird. Im Jahr 2020 erschien der Sammelband *Erinnern stören – der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*, worin versucht wird, die Erfahrung der Wiedervereinigungsjahre und ihre Erinnerung abseits der offiziellen Versionen mehr in die Öffentlichkeit zu rücken.

Anfang 2021 erschien die Übersetzung von Michael Rothbergs 2009 erschienener Abhandlung *Multidirectional Memory: Remembering the Holocaust in the Age of Decolonization* auf dem deutschen Markt. Die HerausgeberInnen von *Er-*

21 Köxüz, Sonntagsgespräch, S. 12.

22 Köxüz, Sonntagsgespräch, S. 12.

23 Köxüz, Sonntagsgespräch, S. 12.

innern stören beziehen sich explizit auf diese ‚multidirektionale Erinnerung‘. Im Zuge der neuerlichen Debatten um Erinnerungspolitik in Deutschland hat sich mit dem im Mai 2021 erschienenen Artikel „Der Katechismus der Deutschen“ von A. Dirk Moses auf dem postmodernen Zürcher Blog *Geschichte der Gegenwart*²⁴ einmal mehr deutlich gezeigt, dass eine vorgeblich ‚andere Erinnerung‘, welche „die“ MigrantInnen nun endlich einbrächten, behauptet wird, die eine angeblich dominante Erinnerung an die Shoah durchbrechen müsse, um gehört zu werden. Hier sollen die aktuellen Diskussionen um angeblich dominante Erinnerung und um migrantische und jüdische Perspektiven im Licht des im ersten Teil skizzierten Abrisses der Zustände und Interventionen nach dem Mauerfall gelesen werden.

Eine 2020 erscheinende umfangreiche Sammlung von Beiträgen, Gesprächen und Erinnerungen mit *Erinnern stören* zu betiteln, mutet befremdlich an. Wie es zunächst erscheint, soll diese Beschreibung bzw. Aufforderung sich auf das ‚offizielle‘ Erinnern des Mauerfalls und der Ereignisse danach beziehen. Nichtsdestotrotz ergibt sich eine Assoziation mit einer Störung des Erinnerns an die Shoah und das gerade – wie später deutlich werden wird – im Zusammenhang mit dem in einigen Beiträgen auftauchenden Bezug auf die ‚multidirektionale Erinnerung‘. Außerdem denkt man umgehend an Eike Geisels Begriff „Störenfriede der Erinnerung“ – so hatte Geisel einen Aufsatz über die jüdische Widerstandsgruppe Herbert Baum überschrieben, in dem er (in Bezugnahme auf Ralph Giordanos Offenen Brief an Bundeskanzler Kohl mit der Ankündigung, dass Juden sich angesichts rechtsextremistischer Gewalt und Antisemitismus im Zuge der Wiedervereinigung bewaffnen werden) unter anderem mit der deutschen Erwartung an Juden als Opfer und der Ablehnung der Erinnerung an jüdische WiderstandskämpferInnen, zumal wenn sie KommunistInnen sind, abrechnet:

Juden gelten als Störenfriede der Erinnerung. Sie stören als Kollektiv das eingeübte Ritual der jährlichen deutschen Versicherung, es habe ein ‚anderes Deutschland‘ gegeben, in dem es ohnehin keinen Platz für sie gegeben hätte, und sie stören als Individuen den liebgewor denen Blick auf sie, der sie als passive Schicksalsgemeinschaft, als Objekt eines Verhängnisses wahrnimmt.²⁵

Welche Erinnerung will man nun stören? Inwieweit man selbst sich als Störenfried der Erinnerung sehen möchte, hinge ganz von der Erinnerung ab, die gemeint ist. Im Kontext dessen, dass im Sammelband von einer vermeintlichen „Opferkonkurrenz“ die Rede ist, muss man sich dann auch fragen lassen, welches

²⁴ Vgl. A. Dirk Moses, Der Katechismus der Deutschen, in: *Geschichte der Gegenwart*, 23.05.2021, <https://geschichtedergegenwart.ch/der-katechismus-der-deutschen/> (Stand: 23.07.2021)

²⁵ Eike Geisel, *Triumph des guten Willens – Gute Nazis und selbsternannte Opfer. Die Nationalisierung der Erinnerung*, Hamburg 1998, S. 147.

Machtverhältnis in welcher Weise behauptet wird – und vor allem, wie dieses gesetzt sei. In einem Beitrag, der sich der Erinnerung von MigrantInnen und Ostdeutschen – ohne Gleichsetzung, wird betont – anhand ihres doppelten Ausschlusses aus der Wiedervereinigungserinnerungskultur annähern möchte, heißt es, das Konzept der multidirektionalen Erinnerung diene dazu,

die Geschichten von Gewalt und Ausgrenzung gegenüber unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen nicht als Wettbewerb um knappe Ressourcen, als Opferkonkurrenz, sondern als produktives Spiel wechselseitiger Verweise, Zitate und Bezugnahmen zu verstehen.²⁶

Bei solchen Sätzen drängt sich die Frage auf, weswegen ein solcher angeblicher Wettbewerb überhaupt gesehen wird, und wer ihn denn als solchen verstehen oder betreiben würde. Es ist erhelltend, so manche der Perspektiven im Sammelband zu lesen. Gleichwohl fällt auf, dass in einigen jüdischen Perspektiven auch immer wieder Bedenken wegen der antisemitischen BDS-Bewegung (*Boycott, Divestment, Sanctions*) geäußert werden, die aber insgesamt ausgeschwiegen zu werden scheinen. Man wird an manche Beiträge aus oben angesprochenen feministischen Sammelbänden erinnert und daran, dass auch in den 1980er Jahren Antisemitismus in migrantisch-schwarz-jüdischen Projekten ausgespart wurde. Das wiegt umso schwerer, als der Ansatz von *Erinnern stören* sich dem Konzept der „multidirektionalen Erinnerung“ verschreibt, die – im Kontext des unterstützenden Engagements ihres ‚Erfinders‘ für Achille Mbembe und gegen die Einstufung von BDS als antisemitisch – offenbar nicht das meint, was in einem marginalen Kontext der Selbstorganisierung ab den 1990er Jahren ‚in alle Richtungen‘ gedacht wurde. Angesichts von Antisemitismus unter MigrantInnen und gerade in antirassistischen, postkolonialen Mobilisierungen ist diese Bezugnahme und das Ausschweigen über BDS so aufschlussreich wie fatal. Im Nachwort von *Erinnern stören* wird darauf verwiesen, dass eine „postmigrantische Geschichtsschreibung, der sich das Buch verpflichtet fühlt“, nicht „in den exkludierten Milieus [...] das berühmte revolutionäre Subjekt“ suche, sondern interessiert sei „an den Lebensweisen [...], die in der Auseinandersetzung mit dem hierarchischen ‚Normalvollzug‘ diesen kollektiv zur Transformation herausfordern“ würden. Dieser hierarchische Normalvollzug muss anhand mehrerer Beiträge im Buch so verstanden werden, dass er sich sowohl auf eine Hierarchie in der offiziellen deutschen Erinnerung an den Mauerfall und die Wiedervereinigungsjahre bezieht, innerhalb der die „exkludierten Milieus“ (MigrantInnen, Ju-

²⁶ Elisa Gutsche/Pablo Dominguez Andersen, Ost-migrantische Erinnerung, postmigrantische Allianzen, in: Lydia Lierke/Massimo Perinelli (Hrsg.), *Erinnern stören*, Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive, Berlin 2020, S. 469 – 489, hier S. 482.

den und Jüdinnen wie auch Ostdeutsche und in doppelter Weise MigrantInnen im/aus dem Osten) bisher keinen Platz haben, aber ebenso als Hierarchie innerhalb einer sogenannten konkurrierenden Opfergeschichte.

Problematisch ist der Hype der „multidirekionalen Erinnerung“ versus einer angeblichen Opferkonkurrenz aufgrund mehrerer Punkte: Zum einen gab es ohnehin immer eine gegenseitige Bezugnahme, zum anderen gibt es in diesem Denkkonzept eine Zuweisung angeblicher Erinnerungsprivilegien und einer angeblichen Opferkonkurrenz, die sich vor allem in eine Richtung bewegt – die Juden stehen letztlich als diejenigen da, die den „Wettbewerb um knappe Ressourcen“ scheinbar gewinnen. Zudem werden einzig im deutschen Kontext MigrantInnen als diejenigen dargestellt und instrumentalisiert, die sich diesem angeblich herrschenden Erinnerungsprivileg der Juden mitsamt Opferkonkurrenz entgegenstellen würden. Gleichzeitig wird allen Beteuerungen zum Trotz eine homogene Gruppe von MigrantInnen (oder PostmigrantInnen) impliziert, die insbesondere mit der instrumentalisierenden Rede einhergeht, die A. Dirk Moses' Formulierung „die Migrant:innen“ hervorhebt.

II Die Aufhebung des ‚Antirassismus‘ im Antisemitismus – eine unvollständige Skizze

Im Gespräch mit einem antisemitisch angefeindeten älteren Herrn ergab sich 2021 eine Reihe von Fragen zur Lage im Land. An einem Punkt ging es um Erwartungen an willkommen geheiße Geflüchtete seit 2014. Dazu sagte jener Herr unter anderem den denkwürdigen Satz: „All dem kann doch kein Mensch gerecht werden.“ So brachte er treffend auf den Punkt, was das Drama der Zuschreibungen und Identifikationen ausmacht, innerhalb derer alle möglichen Personen in Gruppen oder vielmehr in tribalistischen „communities“ verortet werden (bzw. sich selbst so verorten), die dann sogleich von interessierter Seite – um es altmodisch auszudrücken, je nach Bedarf an revolutionärem Subjekt und politischer Zielsetzung – mit allerhand Erwartungen und Annahmen belegt werden.

Hier soll es nun um die neuerlichen Debatten um Erinnerung der Shoah und um Antisemitismus gehen – die selbstverständlich nicht neu sind, deren Parameter jedoch nunmehr stärker in einem internationalen akademischen Kontext beleuchtet werden sollen. Nach einer kurzen, unvollständigen Skizze zu Verständnissen und Praktiken von „Antirassismus“ soll es in der Folge um die akademische Begleitmusik dazu gehen. Anhand von akademisch-aktivistischen Verlautbarungen wird aufgezeigt, dass die neuerlich aufgeflammteten Debatten ein Versuch sind, sich – nicht zuletzt unter Bezugnahme auf ‚neue Deutsche‘ – von

der Auseinandersetzung mit Antisemitismus und der Shoah zu befreien. Dazu gehört auch ein fundamentales Sich-verfolgt- bzw. Sich-marginalisiert-Wähnen vieler, die in Zirkeln und Institutionen zuhause sind, in denen ihre Sicht der Dinge Mainstream ist – eine Haltung, die nicht zufällig mit antisemitischen Denkmustern korrespondiert. Anschließend wird am Beispiel der Interventionen migrantischer Selbstorganisierung ab den 1990er Jahren deutlich, dass es die von Michael Rothberg 2009 postulierte „multidirektionale Erinnerung“ selbstverständlich gab und gibt – nur eben nicht in der gewünschten post- oder dekolonialen „Multidirektion“, die in interessierten Kreisen immer beim „Siedlerkolonialismus“ landet und von der Feindschaft gegen Israel motiviert ist. Abschließend wird die rassistische Vorstellung einer Gleichzeitigkeit von quasi migrantischer Neutralität sowie prinzipiell oppositioneller migrantischer Haltung gegenüber der als eurozentrisch behaupteten Erinnerung an die Shoah diskutiert. Den Anhang bilden Textauszüge aus den 1990er Jahren, die verdeutlichen, dass Antirassismus auch und gerade in Deutschland mit einer klaren Haltung gegen Antisemitismus verbunden sein und in Solidarität mit dem jüdischen Staat stehen kann.

Am Samstag, dem 3. Oktober 2020 – dem ‚Tag der deutschen Einheit‘ – hatten die Bündnisse Migrantifa Hessen und Black Power Frankfurt zu einer Demo unter dem Motto „Moria befreien“ in der Frankfurter Innenstadt aufgerufen. Unterstützt wurde der Aufruf, in dem es um die verheerende Lage in den griechischen Flüchtlingslagern ging, u. a. vom Netzwerk „Seebrücke“ und den Frankfurter „Fridays for Future“. Im Laufe der Demonstration hielt eine Vertreterin der Gruppe Free Palestine FFM eine Rede, in der Israel mit „Siedlerkolonialismus“ verbunden und als „Unterdrücker“ bezeichnet wurde. Die Rede wurde mit den Worten „Yallah Intifada“, also in etwa „Los geht's zur Intifada“, beendet. Während der Demonstration wurden in der Frankfurter Innenstadt Palästinafahnen geschwenkt, mehrfach wurde „Palestine will be free – from the River to the Sea“ skandiert. Diese Parole meint eine „Befreiung“ Palästinas vom Jordan bis zum Mittelmeer und ist ein Aufruf, den jüdischen Staat zu zerstören.²⁷

Die Migrantifa Hessen hatte nach der Kritik am bei der Demonstration am 3. Oktober 2020 unwidersprochen gebliebenen Antisemitismus auf Twitter Selbstkritik getübt, um Entschuldigung gebeten und angekündigt, sich zunächst von öffentlicher politischer Arbeit zurückzuziehen, um sich mit dem Vorgefallenen wie auch generell mit Antisemitismus und ihrer Haltung zu Israel ausein-

²⁷ Vgl. o. A., ‚Nach israelfeindlichen Parolen in Frankfurt: „Migrantifa“ übt Selbstkritik‘, in: Frankfurter Rundschau 19.10.2020. <https://www.fr.de/frankfurt/frankfurt-migrantifa-hessen-rueckzug-israel-feindliche-parolen-linke-szene-90073288.html>

anderzusetzen.²⁸ So weit, so gut – immerhin wurde die Kritik nicht nur abgewehrt, wie es meist üblich ist.

Dies ist nur ein Beispiel, die Liste ließe sich lange fortführen und hier werden allerhand Fragen aufgeworfen: zuallererst diejenige, was Israel mit der Situation in Flüchtlingslagern an den Außengrenzen Europas zu tun hat, wo doch die EU-Länder wie auch die Staaten, aus denen die Menschen flüchten, gefragt sind. Oder etwa die Türkei, die Flüchtende als Spielball ihrer Interessen instrumentalisiert, während sie nicht zuletzt in Syrien und im eigenen Land dafür sorgt, dass mehr Menschen flüchten müssen; oder die unzähligen Warlords und Rackets, die in Libyen und anderswo Menschen in Lager sperren und foltern, in Wüstengegenden zu Tode bringen oder als Sklaven verkaufen. Außerdem könnte man fragen, was Rassismus heute heißt, wie er sich verändert und gegen wen er sich wo richtet. Wo bleiben die Demonstrationen in Solidarität mit – so oft in skandalösen Entscheidungen abgeschobenen – schwulen Geflüchteten aus muslimischen Ländern, aus Tschetschenien und anderen Teilen der ehemaligen Sowjetunion? Mit Sinti und Roma die in Behörden schikaniert werden und denen ungebrochener Rassismus entgegenschlägt? Oder wo ist die Solidarität mit migrantischen WanderarbeiterInnen, die für Gemüse auf dem Tisch sorgen, oder mit osteuropäischen Pflegerinnen, die in Rotation von wenigen Monaten deutsche SeniorInnen für wenig Geld rund um die Uhr betreuen? Welche Erinnerungen gibt es hier, welche Erfahrungen haben womöglich die Familien der heutigen Wander-Ernte- und -pflegearbeiterInnen mit „der deutschen Geschichte“?

Akademische Begleitmusik: Von der ‚Holocaust Industry‘ zur ‚Opferkonkurrenz‘

Die akademische und kulturinstitutionelle Begleitmusik zum oben kurz angerissenen Zustand kommt seit ein paar Jahren in wiederkehrenden Offenen Briefen, Buchveröffentlichungen und Artikeln daher, deren AutorInnen sich Sorgen machen um die Meinungsfreiheit, die ‚Verfolgung‘ der sogenannten Israelkritik und über das angeblich machtvolle Konkurrenzverhältnis derer, die Antisemitismus bekämpfen, gegenüber antirassistischen Kämpfen.

Am 17. Mai 2019 hat der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit einen Antrag beschlossen, der die BDS-Bewegung (Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen) als antisemitisch motiviert verurteilt. Dies nahm eine „Initiative GG 5.3

²⁸ Siehe Migrantifa Hessen, Tweet vom 16.10.2020, https://twitter.com/Migrantifa_HE/status/1317151254716551169 (Stand: 03.08.2021).

Weltoffenheit“ eineinhalb Jahre nach dem Beschluss, pünktlich zu Chanukka 2020, zum Anlass, mit einem Plädoyer an die Öffentlichkeit zu treten. Dieses wurde von Intendanten verschiedener öffentlich geförderter Kultureinrichtungen, MuseumsdirektorInnen und WissenschaftlerInnen unterzeichnet. Die Initiative „GG 5.3 Weltoffenheit“ äußerte sich besorgt über die Anwendung der BDS-Resolution des Bundestags, da diese angeblich zur Untergrabung „der Vielstimmigkeit, der kritischen Reflexion und der Anerkennung von Differenz“ beitrage. Man sei gegen BDS, aber auch gegen die Verurteilung von BDS als antisemitisch, nicht zuletzt wegen des dringend notwendigen „aktiven Engagements für die Vielfalt jüdischer Positionen und der Öffnung für andere, aus der nichteuropäischen Welt vorgetragene gesellschaftliche Visionen“ angesichts der letztlich als übermächtig dargestellten Erinnerung der Shoah zulasten der Auseinandersetzung mit der Kolonialgeschichte.²⁹

Hier soll es nun um die akademischen Einwürfe gehen, die nicht zuletzt die obige Initiative beflügeln, im konkreten um einen Artikel von A. Dirk Moses, einen weiteren von Michael Rothberg sowie um eine Online-Veranstaltung der Universität Innsbruck vom 11. Mai 2021.

Der im Frühjahr 2021 auf dem Zürcher Blog *Geschichte der Gegenwart* veröffentlichte Artikel „Der Katechismus der Deutschen“ des Genozidforschers A. Dirk Moses³⁰ zeigt beispielhaft, wie die neue Schlussstrichdebatte aussieht und welche Schulterschlüsse sie aufweist. Bereits zu Beginn des Beitrags stellt Moses klar, „die Frage nach dem Zusammenhang zwischen dem Kolonialismus des Deutschen Reichs und dem Vernichtungskrieg der Nazis wird außerhalb Deutschlands schon seit zwei Jahrzehnten unaufgeregter verhandelt.“ Man kann in diesem Kontext nur von „unaufgeregter“ sprechen, wenn man die auch und gerade in UK und USA, wo Moses an der University of North Carolina in Chapel Hill lehrt, weitverbreiteten Nazi-Vergleiche gegen Israel und den Antisemitismus auf den Straßen, dem Campus wie auch in politischen Parteien – und nicht zuletzt von vorgeblich antirassistischer Seite – geflissentlich ignoriert. „Unaufgeregter“ schreibt Moses gleich zu Beginn und gibt somit einen Ton der Auseinandersetzung vor, der im Textverlauf in anderen Bezeichnungen wieder aufscheint und präzisiert wird. Die Ironie des Ganzen ist, dass er sich dabei exakt solcher Zuschreibungen bedient, die zum einen aus der Mottenkiste einer (auch rassistischen) Überheblichkeit stammen, der er sich doch meint entgegenzustellen, und zum anderen de-

²⁹ Vgl. Initiative „GG 5.3 Weltoffenheit“. Plädoyer/Statement, https://www.humboldtforum.org/wp-content/uploads/2020/12/201210_PlädoyerFürWeltoffenheit.pdf (Stand: 04.08.2021).

³⁰ Vgl. Moses, Der Katechismus der Deutschen, alle nachfolgenden Zitate ebd.

ckungsgleich mit innerdeutschen Schlussstrich-Phrasen der letzten Jahrzehnte sind.

Moses bezeichnet den BDS-Beschluss des Bundestags als das „bislang unheilvollste Signal“ im Kontext dessen, dass „die Hüter der erinnerungspolitischen Orthodoxie ständig Ausschau [halten] nach antisemitischen Häresien und Anzeichen für den Glauben an den alten Katechismus, etwa die Wiederkehr von Schlussstrichdebatten.“³¹ Insgesamt zieht sich, wie der Titel des Artikels schon anzeigt, eine Ineinssetzung von Shoah-Erinnerung und Bekämpfung von Antisemitismus mit Religion und Glauben.³² Dieser Kniff, Erinnerungspolitik und die geringen Mindestmaßstäbe gegen Antisemitismus, die in Deutschland noch nicht allzu lange versucht werden auf politischer und gesellschaftlicher Ebene durchzusetzen, mit ‚Glauben‘ und Religion in Eins zu setzen, erreicht dreierlei: man trägt damit die aufklärerische Prämisse, dass Religion zu kritisieren sein muss, vor sich her; gleichzeitig – und hier kommt die Phrase ‚unaufgeregt‘ wieder ins Spiel – wird angedeutet, dass alles, was mit (welchen?) Religion(en) zu tun habe, rückwärts gewandt, aufgereggt, gar hysterisch sei und so gar nichts mit wissenschaftlich ‚unaufgeregter‘ Debatte zu tun haben könne; zu guter Letzt suggeriert das Reden von Glauben und Religion einen Zusammenhang zwischen der Shoah und Religion, als wäre das Judentum die Ursache eines antisemitischen Weltbildes der Verfolger. Hier lässt sich dann wieder anknüpfen an einen angeblich antirassistischen Aktivismus, der Israel als Ursache für antisemitische Parolen und Terror verkaufen möchte.

Weiterhin zeigen sich in Moses’ Artikel potentiell antisemitische Tropen, die durchweg ebenso kompatibel mit einer antiwestlichen und ‚antirassistischen‘ Linken wie mit einem rechten Weltbild sind. In einem Interview in der *taz* sagt Volker Weiß über Moses’ Artikel:

Das beginnt bei der Terminologie. Beispielsweise wirft Moses jenen vor die auf die Unterschiede von kolonialer Gewalt und NS-Vernichtungspolitik hinweisen, als ‚Hohepriester‘ zu agieren und ‚Exorzismen‘ zu betreiben, er fühlt sich an ‚Häresieprozesse‘ erinnert. Seine ‚Sakralisierungsthese‘ ist nicht gerade neu. In der Regel wird sie von Kreisen vorgetragen, die

31 Moses, Der Katechismus der Deutschen.

32 Man muss der deutschen ‚Erinnerungskultur‘ und ihren offiziellen Ritualen angesichts der über viele Jahre nicht belangten TäterInnen und der benötigten Sicherheitsmaßnahmen für jüdische Einrichtungen nicht unkritisch gegenüberstehen – Y. Michal Bodemann etwa hat noch in den 1990er Jahren von einem verlogenen „Gedächtnistheater“ gesprochen (Y. Michal Bodemann, Gedächtnistheater. Die jüdische Gemeinschaft und ihre deutsche Erfindung, Hamburg 1996). Nichtsdestotrotz scheint die massive Kritik an der deutschen Erinnerungspolitik in aktuellen akademischen und kulturbetrieblichen Debatten vor allem auf deren Abschaffung als solcher zu zielen.

den Bedeutungsverlust von Religion beklagen und in der Gedenkpolitik Sinnstiftungskonkurrenz sehen. In Deutschland war das bis vor einigen Jahren vor allem aus den rechten ‚Schuldkult‘-Debatten bekannt. Mit dieser Argumentation muss sich Moses nicht wundern, dass er der deutschen Rechten nun als Kronzeuge dient. Martin Sellner von den ‚Identitären‘ hat ihn bereits als ‚postkoloniale‘ Abrissbirne der verhassten Erinnerungskultur bejubelt. Leider scheint es auch in der BDS-affinen Kunstszenen eine gewisse Offenheit für diese Terminologie zu geben. Zumindest beobachte ich das in der Rezeption des Textes.³³

Den Ausführungen von Weiß muss man allerdings hinzufügen, dass die Ausmachung eines „Katechismus“, den Moses dann auch noch in fünf „Überzeugungen“ unterteilt, nicht zufällig einer Nachahmung der zehn Gebote gleichkommt. Und tatsächlich schreibt er später im Text von „Glaubensartikeln“. Wenn Moses von „Hohepriestern“ spricht, die durch öffentliche Exorzismen den „Katechismus der Deutschen“ bewachen, kann im antijudaistischen Ressentiment auch der Hohepriester Kaiaphas aufgerufen werden, der der Legende nach Jesus verurteilte und den römischen Kolonisatoren übergab. So kulminiert die Ablehnung des (ohnehin fantasierten) Erinnerungskonsenses in Deutschland darin, dass sich ein postkolonialer Gegner desselben von rückwärtsgewandten, glaubenssatztreuen Mächtigen verfolgt fühlt. Wer diese Mächtigen sind, denen sich ‚die Deutschen‘ letztlich unterwerfen, kommt dann auch zur Sprache: „Letztlich aber mussten irgendwann auch sie einsehen, dass Deutschlands geopolitische Legitimität davon abhing, ob der neue, im Austausch mit amerikanischen, britischen und israelischen Eliten ausgehandelte Katechismus von ihnen akzeptiert wurde.“ Und weiter heißt es:

Nachdem Deutschland nun nicht nur die gründlichste ‚Aufarbeitung der Geschichte in der Geschichte‘ hinter sich gebracht hat, sondern auch Juden und Jüdinnen ‚wiederbelebt‘ hat, kann es im Bewusstsein seiner Rolle als Leuchtturm der Zivilisation wieder stolz unter den anderen Nationen stehen und sich von der politischen Klasse Israels und den USA anerkennend den Kopf tätscheln lassen.³⁴

Man muss das einmal durchdenken: Während es richtig ist, dass die späte Erinnerung an die Verbrechen vor allem auf Druck von außen zustande kam, bedient sich Moses eines alten antiwestlichen Duktus, bei dem Chiffren für ‚die Zionisten‘/ ‚die Juden‘ oder ‚die Ostküste‘ kaum zu erkennen sind. Oder, wie Adenauer einst ganz ähnlich angesichts der Aufnahme diplomatischer Beziehungen Deutsch-

³³ Siehe Till Schmidt, „Eine sehr eigenwillige Deutung“. Interview mit Volker Weiß, in: taz, 09.06.2021, <https://taz.de/Debatte-um-Erinnerungskultur/!5773157/> (Stand: 16.08.2021).

³⁴ Moses, Der Katechismus der Deutschen.

lands mit Israel sagte: „Die Macht der Juden auch heute noch, insbesondere in Amerika, soll man nicht unterschätzen.“³⁵

Zudem schreibt Moses, Israel sei ein „antiislamischer Staat“. Abgesehen von der faktischen Unsinnigkeit eines solchen Statements angesichts der Religionsfreiheit in Israel, scheint hier eine Verbindung zu liegen zu der obsessiven Lesart des Kampfes gegen Antisemitismus und der Erinnerung an die Shoah als ‚Religion‘ bzw. ‚Glauben‘. Es handelt sich um eine Projektion. Worüber nicht gesprochen werden soll, ist Religion und zwar in ihrer Politisierung und gewaltförmigen Entgrenztheit.³⁶ Da auch und gerade der politische Islam, ob Shia oder Sunni, sich durch einen eliminatorischen Antisemitismus auszeichnet und sowohl die Erinnerung an die Shoah verhöhnt als auch Israel von der Landkarte radieren möchte, ist Moses‘ Schweigen zu diesen religiös-politisierter Zusammenhängen aufgehoben in seiner Projektion von Religion auf die politische Relevanz der Erinnerung an die Shoah und von angeblicher Islamfeindlichkeit auf Israel.

Am 24. Juli 2021 erschien in der *Zeit* ein Gastbeitrag von Michael Rothberg³⁷ mit dem Titel „Der neue Historikerstreit bedarf einer anderen Richtung“ – in deutscher wie auch in englischer Sprache („We Need to Re-center the New Historikerstreit“). Bezeichnend – abgesehen vom kleinen, aber nicht ganz unbedeutenden Unterschied zwischen einer ‚anderen Richtung‘ und einem ‚Re-centering‘ (zentrieren, ausbalancieren) – ist in beiden Titeln die Anerkenntnis, dass es um einen neuen Historikerstreit gehe. Sollte man sich noch gefragt haben, ob es in der derzeitigen Debatte nicht zuletzt um eine aufgewärmte, etwas anders

³⁵ Igal Avidan, Diplomatische Beziehungen Deutschland-Israel. Jubiläum einer Vernunftfehle, in: Deutschlandfunk Kultur, 24.04.2015, https://www.deutschlandfunkkultur.de/diplomatische-beziehungen-deutschland-israel-jubilaeum.1079.de.html?dram:article_id=318096 (Stand: 02.08.2021).

³⁶ Pascal Bruckner schreibt: „[d]ie kirchliche Macht von Staat oder Fürst zu trennen und die Freiheit der Religionsausübung zu garantieren, indem man sie der Sphäre des Privaten anvertraut: Darin besteht die Weisheit der zivilisierten Gesellschaften. [...] Dies ist das tragische Unbehagen des Gläubigen: In seinem tiefsten Inneren überzeugt, im Besitz der Wahrheit zu sein, muss er doch bereit sein, sie auf den Rang eines persönlichen Urteils zu reduzieren. Er kann anbeten, wen er möchte, und auf welche Art auch immer, auf Lateinisch, Hebräisch, Arabisch, Pali, Sanskrit, Mandarin, Aramäisch, er kann sich niederknien, sich hin- und herwiegen, sich verneigen, den Kopf auf den Boden schlagen, das alles unter der Bedingung, dass sein Gebet keinerlei sozialen oder politischen Schaden anrichtet.“ Pascal Bruckner, Der eingebildete Rassismus. Islamophobie und Schuld, Berlin 2020, S. 204–205.

³⁷ Vgl. Michael Rothberg, Umgang mit dem Holocaust. Der neue Historikerstreit bedarf einer anderen Richtung, in: Die Zeit, 24.07.2021, <https://www.zeit.de/kultur/2021-07/umgang-mit-dem-holocaust-historikerstreit-kontroverse-voelkermord/komplettansicht> (Stand: 25.07.2021); in englischer Sprache siehe <https://www.zeit.de/kultur/2021-07/dealing-with-the-holocaust-historikerstreit-controversy-genocide-english/komplettansicht> (Stand: 25.07.2021).

gewürzte Schlussstrichsuppe ginge, so kann nun mit Fug und Recht darauf verwiesen werden, dass beteiligte Protagonisten das selbst so sehen. Ironischerweise lässt sich die akademische Linke allerdings im Vergleich mit den Beteiligten in den 1980er Jahren in der Sache klar dem revisionistischen Lager um Nolte et al. zuordnen. Jedoch, so schreibt Rothberg,

[d]rehte sich der Historikerstreit – eine Auseinandersetzung zwischen männlichen deutschen Intellektuellen, die den Krieg miterlebt hatten – um die Vergleichbarkeit von Holocaust und stalinistischem Terror, so werden die heutigen Debatten von einem bunter gemischten und internationaleren Kreis von Gesprächsteilnehmern ausgetragen und zielen vor allem auf das Verhältnis des Holocausts zur außereuropäischen und kolonialen Geschichte.³⁸

Hier wird der Historikerstreit der 1980er Jahre etwas verkürzt dargestellt, da auch der Antisemitismus eine Rolle spielte, etwa in Bezug auf die angeblich führende Rolle von Juden in der Roten Armee. Aber es geht nun um das Argument, dass heute nicht mehr nur alte deutsche Männer, die selbst noch im NS aufgewachsen waren und studiert hatten, beteiligt seien, sondern heutzutage alles bunter und internationaler sei. Hier wird die Beteiligung von internationalen Historikern an den Debatten in den 1980er Jahren unterschlagen – und es steht zu befürchten, dass jüdische Historiker nicht ‚bunt‘ genug gewesen sind.

Im Artikel werden Scheingefechte geführt, so etwa um die Mär, dass man die Geschichte der Shoah nicht ‚vergleichen‘ könne. Es geht nicht darum, die Vernichtung der europäischen Juden nicht mit anderen Verbrechen und Völkermorden zu vergleichen, denn erst durch solche Vergleiche werden Unterschiede und Spezifika deutlich. Das banale Bestehen auf einer ‚Nicht-Singularität‘ korrespondiert mit der ebenso banalen Tatsache, dass Ereignisse immer singulär sind. Um das Scheinargument, dass ‚die Juden‘, Israel oder unterdessen angeblich ‚die Deutschen‘ auf einer Singularität der Shoah bestehen würden, zu umgehen, gab es Versuche, einen Begriff, den Yehuda Bauer schon vor Jahren eingeführt hat, zu verwenden: *unprecedentedness* (was mit Präzedenzlosigkeit, Beispieldisgkeit oder nie Dagewesenes übersetzt werden kann). Nichtsdestotrotz liegt auch im Gastbeitrag von Rothberg wieder der Fokus auf dem Begriff der Singularität, und es steht zu vermuten, dass es auch der Präzedenzlosigkeit nicht anders er-

³⁸ Michael Rothberg, Umgang mit dem Holocaust. Der neue Historikerstreit bedarf einer anderen Richtung, in: Die Zeit, 24.07.2021, <https://www.zeit.de/kultur/2021-07/umgang-mit-dem-holocaust-historikerstreit-kontroverse-voelkermord/komplettansicht> (Stand: 25.07.2021); in englischer Sprache siehe <https://www.zeit.de/kultur/2021-07/dealing-with-the-holocaust-historikerstreit-controversy-genocide-english/komplettansicht> (Stand: 25.07.2021).

gehen würde. Es geht lediglich darum, dass damit das Ressentiment von der ‚Opferkonkurrenz‘, dem angeblichen Streben nach Besonderem, aufgerufen wird.

Während Michael Rothberg im Gastbeitrag Nebulöses zu den politischen Implikationen bzw. politischen Zielen des neuerlichen ‚Historikerstreits‘ vorbringt, kommt Dirk Moses im ausführlicheren Katechismus-Artikel deutlicher auf den Punkt. Es geht im Kampf um die Erinnerung selbstverständlich um die Gegenwart, wie beide betonen, – das ist so richtig wie banal. Spezifisch geht es aber um die Behauptung, dass sich die Bekämpfung von Antisemitismus nahezu notwendigerweise gegen eine Erinnerung an und Auseinandersetzung mit anderen Verbrechen richte. Damit wird suggeriert, dass etwa die Empfehlung der Arbeitsdefinition von „Antisemitismus“ der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) durch den Bundestag eine deutsch-weiße Angelegenheit sei, von jüdischen und israelischen Lobbyisten vorangebracht und in den ‚Katechismus‘ eingegangen. Dazu muss eine homogene Gemeinschaft konstruiert werden, der angeblich alle MigrantInnen und People of Color gegenüberstünden. Dass die Arbeitsdefinition der IHRA von Individuen in der deutschen Gesellschaft unterschiedlich betrachtet wird, kommt dieser Denkweise nicht in den Sinn. In einer Online-Buchpräsentation und Paneldiskussion der Universität Innsbruck vom 11. Mai 2021 mit Michael Rothberg zum Thema „Multidirektionale Erinnerung: Holocaustgedenken im Zeitalter der Dekolonialisierung“³⁹, kommentiert von Bilgin Ayata und moderiert von Dirk Rupnow, wird zum einen deutlich, wo man hin will mit der Debatte, und zum anderen, dass sich die akademisch-aktivistische Blase auch angesichts realer Auseinandersetzungslagen mitnichten von ihren identitären Kategorien trennen will. Die Veranstaltung setzte sich anhand der nun vorliegenden deutschen Übersetzung des Buches mit Rothbergs Thesen um eine ‚multidirektionale Erinnerung‘ auseinander. Rothberg fasste zu Beginn seine Beweggründe für den Beginn der Abhandlung vor etwa zwanzig Jahren sowie den Inhalt zusammen. Dabei wird einmal mehr deutlich, dass seine Überlegungen im US-amerikanischen Kontext entstanden, zur Zeit der Entstehung des United States Holocaust Memorial Museum (USHMM) in Washington DC, dessen Errichtung er zunächst ablehnte – gerade auch deshalb, weil es zum selben Zeitpunkt keinen Ort der nationalen Erinnerung an und Auseinandersetzung mit der Geschichte der Sklaverei gab. Rothbergs Bezug auf W. E. B. Du Bois’ Besuch des Warschauer Ghettos 1949 und dessen Schreiben darüber sowie auch viele andere von ihm hergestellte Verbindungen zeigen auf, dass es selbstverständlich immer auch ein

³⁹ Vgl. Michael Rothberg, Multidirektionale Erinnerung. Holocaustgedenken im Zeitalter der Dekolonialisierung, Livestream der Universität Innsbruck, 11.05.2021, <https://www.youtube.com/watch?v=KfHBtMqikrE> (Stand: 08.08.2021).

Sich-aufeinander-Beziehen gab von Personen aus verschiedenen Gruppen, die Unterdrückung und Gewalt erfahren mussten. Genau diese Selbstverständlichkeit, nicht zuletzt im jüdisch-afroamerikanischen Kontext – einmal ganz abgesehen davon, dass schwarze Juden sowieso nicht mitgedacht werden –, wird dann aber durch die Behauptung zerbrochen, dass die Erinnerung an die Shoah als ‚einzigartig‘ jegliche Erinnerung an andere Verbrechen verhindern würde. Die Erinnerung an die Shoah erscheint als so übermächtig, dass anderes verdrängt und dadurch eine ‚Konkurrenz‘ aufgebaut werde. Dabei wird im Verlauf der Veranstaltung klar, dass die Konkurrenz erst in diesen Debatten hergestellt wird.

In der Online-Veranstaltung wird behauptet, in Deutschland würde man auf der eigenen Erinnerungskultur bestehen, obwohl Migration das Land verändert habe, so Rothberg. Rassistische Angriffe hätten eine Resonanz vor dem Hintergrund der Shoah – was, wie wir vorher gesehen haben, vor Jahrzehnten genauso benannt wurde – aber das Bestehen auf der Singularität der Shoah würde einen Schlussstrich bei Rassismus ermöglichen, argumentiert Bilgin Ayata. Zentrale Momente der Diskussion sind, dass es eine dominante Richtung in der Diskussion um Erinnerung gäbe, die alle ‚Minderheiten‘ ausschließe; dass Israel und der Siedlerkolonialismus als Beispiel auftaucht; und dass es eine junge Generation gebe, nämlich die ‚neuen Deutschen‘, die das alles so nicht mehr mittragen würden. Die ‚neuen Deutschen‘ seien diejenigen mit Migrationshintergrund. So mit würden die in der offiziellen Sichtweise ‚falschen Leute‘ all diese wichtigen Fragen zur Erinnerungspolitik stellen – und das sei genau richtig. Die ihrerseits provinziell-tribalistische Sicht kommt vollends zum Tragen, wenn Rothberg unterstellt, dass die Erinnerung an die Shoah mit ihrem Fokus auf Singularität provinziell und lediglich staatlicherseits getragen sei, „von Leuten wie Felix Klein“, und dass die aggressiven Antworten (gemeint sind hier wohl Antworten auf die diversen Vorstöße gegen die IHRA-Arbeitsdefinition, den BDS-Beschluss des Bundestags usw.) hoffentlich davon kämen, „dass ihnen die Dinge aus den Händen gleiten“, da es „nicht mehr nur ältere weiße Männer“ seien, die bestimmen könnten.

Was in beiden Artikeln und der Online-Veranstaltung auffällt, ist, dass die Inhalte und Implikationen – ohne diese zu erwähnen – der von Norman Finkelstein postulierten „Holocaust Industry“ ähneln.⁴⁰ Finkelstein war es darum zu tun, aufzuzeigen, dass der Holocaust eine ideologisierte Version des realen Nazi-Holocaust wäre, die eine unverzichtbare ideologische Waffe im Dienste der US-

⁴⁰ Vgl. Norman G. Finkelstein, *The Holocaust Industry. Reflections on the Exploitation of Jewish Suffering*, London/New York 2000. In deutscher Sprache: *Die Holocaust-Industrie. Wie das Leiden der Juden ausbeutet wird*, München 2001.

Machtstellung in der Welt und zur Verhinderung jeglicher Kritik an israelischer Politik sowie an Juden sei. Letztlich behauptete Finkelstein auch, dass diese „Industrie“ Antisemitismus produziere und perpetuiere. Er kam ebenfalls aus einer US-amerikanisch linken Gegnerschaft gegen den Bau des USHMM – wie-wohl Rothberg immerhin heute sieht, dass das Museum auch anderem Gedenken letztlich Räume geöffnet hat, wie dem Museum of African American History and Culture, ebenso an der Mall in DC. Dies scheint allerdings für deutsche Erinnerungskultur nicht zu gelten – sie eröffnet keine Räume, sondern verhindert andere Erinnerung und Gedenkkultur.

Die deutsche Übersetzung von Finkelsteins Pamphlet hielt sich gleich nach dem Erscheinen 2001 monatelang auf Platz 2 der Sachbuch-Bestsellerlisten. Der Autor wurde zum jüdischen ‚Retter‘ all derer, die schon immer befanden, dass ‚man die Juden kritisieren können muss‘, – ganz ähnlich, wie es heute die jüdischen WissenschaftlerInnen sind, die sich gegen den BDS-Beschluss des Bundestags oder den Stellenwert der Erinnerung an die Shoah stellen. Während Finkelstein der Akademie und dem Kulturbetrieb vor zwanzig Jahren aber doch zu laut, zu krass und offen war, so ist das heute mit den bunteren Thesen gerade für eine Inklusion von MigrantInnen nicht mehr der Fall.

Was außerdem deutlich wird in der akademischen Debatte, ist, dass es einen islamischen Antisemitismus nicht geben darf, noch dessen Verbindungen nach rechts oder zur sogenannten Mitte, ebenso wenig wie einen linken Antisemitismus oder einen antirassistischen sowie dessen Verbindungen zum islamischen. In den USA gäbe es auch nur den rechten Antisemitismus, und die antisemitischen Übergriffe und Morde durch afro-amerikanische TäterInnen etwa in New York und New Jersey bleiben unerwähnt. Widersprüche in den ethnischen Gemeinschaften kann es nicht geben – und so ist auch kein Platz für diejenigen, die nicht gemeinschaftlich-identitär sondern individuell-politisch sprechen und handeln. Wird die tatsächliche oder zugeschriebene Haltung der Gemeinschaft verlassen, so verbleibt die Degradierung zur ‚Kronzeugin‘/zum ‚Kronzeugen‘, also zu einem Instrument der Macht, der man sich andient, indem man das angeblich ‚Eigene‘ verrät, um sich selbst schadlos zu halten. Das ist der rassistische Kern, der dem bunten Projekt gegen eine angebliche Erinnerungsdiktatur innewohnt. Dieser ließ sich schon Anfang der 2000er Jahre ausmachen, als die Erinnerungspädagogik MigrantInnen entdeckte. Als ob, wie Ali Tonguç Ertuğrul, Sabri Deniz Martin und Vojin Saša Vukadinović sehr treffend in der *Jungle World* vom 15. Juli 2021 schreiben,

der Schulbesuch in der KZ-Gedenkstätte für junge Migranten eine Zumutung sei, weil ihre Blutsverwandtschaft nichts mit den einstigen Verbrechen zu tun gehabt habe [...]. Moses professionalisiert für die höchsten Bildungsebenen jene tribalistischen Tendenzen, die in

anderen gesellschaftlichen Bereichen längst vorherrschen. Doch weshalb sollten Menschen, die selbst oder deren Eltern aus anderen Gegenden der Welt nach Deutschland kamen, nicht rational nachvollziehen können, was zwischen 1933 und 1945 geschah?“⁴¹

Die „tribalistischen Tendenzen“ gab es auch bei der flächendeckenden Einführung des Themas ‚Wie-um-Himmels-willen-können-wir-MigrantInnen-vermitteln-was-der-Holocaust-war‘ (oder ähnliche Variationen) in der sogenannten Erinnerungsarbeit bzw. Erinnerungspädagogik. Der Ausgangspunkt war die Annahme, dass es eine ‚migrantische Neutralität‘ im Kontext von NS-Geschichte und der Shoah gebe. Diese zugeschriebene ‚migrantische Neutralität‘ ist aber nichts anderes als tribalistisches Denken in Abstammungsgemeinschaften. Zu Beginn der 2000er Jahre wurden pädagogische Debatten darum geführt, wie die ‚deutsche Geschichte‘ MigrantInnen nähergebracht werden könne. Solche Ansätze gehen prinzipiell davon aus, dass – auch in der dritten oder vierten Generation – Nachkommen von vor allem ArbeitsmigrantInnen, also ‚Gastarbeitern‘, eine spezielle Unterweisung hinsichtlich der Geschichte des Nationalsozialismus und der Shoah nötig haben. Warum das für ‚deutsch-deutsche‘ Kinder oder Jugendliche anders sein soll, die immerhin in Familien aufgewachsen sind, in denen es noch Bilder von Opa in der Wehrmachtsuniform im Album und womöglich das zur Hochzeit geschenkte *Mein Kampf* hinten im Bücherregal gibt, bleibt offen. Was in diesen erzieherischen Debatten, wenn man denn schon in ethnischen Kollektiven denkt, nicht vorkam, sind die verschiedenen Geschichten der Herkunfts länder der ‚Gastarbeiter‘ – und die Tatsache, dass nur einige Jahre vor Abschluss von Staatsverträgen über die ‚Gastarbeit‘ deutsche Soldaten dort gewütet hatten, wie etwa in Jugoslawien, Griechenland oder auch Italien. Die angenommene ‚migrantische Neutralität‘ in Bezug auf ‚die deutsche Geschichte‘ konnte es gar nicht geben, es wollte nur niemand wissen, mit welchen Erinnerungen und Geschichten die ‚Gäste‘ ankamen – sei es Erfahrung deutschen Terrors, verbrannter Dörfer und ermordeter EinwohnerInnen, Mitläuferschaft und Zusehen bei der Deportation ihrer jüdischen Nachbarn, Widerstand oder Kollaboration und Täterschaft. Für viele, die in den ersten Jahrzehnten nach 1945 nach Westdeutschland kamen war die NS-Geschichte alles andere als ‚neutral‘. Die (ab Mitte der 1950er vertraglich angeworbenen) ArbeitsmigrantInnen kamen in ein Land, das noch wenige Jahre zuvor massiv von Zwangsarbeit und ‚Fremdarbeit‘ profitiert hatte. ‚Fremdarbeiter‘ wurden sie denn auch noch jahrelang genannt, nicht zu

⁴¹ Ali Tonguç Ertuğrul/Sabri Deniz Martin/Vojin Saša Vukadinović, Linkspatrialistischer Rassismus, in: Jungle World 28/2021, 15.07.2021.

letzt noch in den 2000er Jahren etwa von Oskar Lafontaine.⁴² Und sie kamen in das Land, das für die Shoah, den Vernichtungskrieg insbesondere im Osten und für den Überfall auf und die Besetzung mehrerer Länder verantwortlich war. Zudem wurden die ArbeitsmigrantInnen der Nachkriegszeit nie als Einwanderer betrachtet und hatten daher zunächst keine Rechte auf eine Staatsbürgerschaft. Dies ist der Hintergrund, vor dem sich (antirassistische Praktiken von) MigrantInnen behaupten und entwickeln mussten.

„Migrantische Neutralität“ in Bezug auf „deutsche Geschichte“ (immer als Euphemismus für den NS und die Shoah) konnte überhaupt nur angenommen werden, wenn Migranten mit Muslimen bzw. Menschen von anderen Kontinenten gleichgesetzt wurden – und da wird es ebenfalls kompliziert, wenn man beispielsweise die Fluchtrouten vieler Nazis betrachtet. Es muss also, und das wird bei Moses und Rothberg deutlich, ein Verständnis von MigrantInnen als nicht-europäisch geben (nicht-jüdisch zudem). Das heißt aber auch, dass gleichzeitig islamisch-jüdische Geschichte, islamischer Antisemitismus, Vertreibung und Pogrome in muslimischen/arabischen Ländern und anderswo schlicht ignoriert werden.

Hier liegt auch ein Grund für die Rassismus-Vorwürfe, sobald über Antisemitismus, etwa von Geflüchteten, gesprochen wird. Man nimmt eigene, frühere Erkenntnisse nicht mehr ernst, etwa die Erkenntnis, dass aufgrund einer gesellschaftlich und/oder religiös tradierten und staatlich verordneten antisemitischen Ideologie selbige logischerweise auch individuell zum Tragen kommt. Gilt dies noch für die deutsche Gesellschaft, die Auschwitz zu verantworten hat und in der Antisemitismus selbstverständlich nach 1945 fortgelebt hat, so soll dies nicht gelten für Menschen aus anderen Weltgegenden, in denen Antisemitismus Doktrin und, wie in den letzten zwei Jahrzehnten erneut deutlich wurde, nicht weniger auf Auslöschung von Juden bedacht ist. Islamischen Antisemitismus etwa zu benennen, führt meist unweigerlich dazu, des Rassismus gezielt zu werden. Dabei offenbart sich jedoch das rassistische Denken derjenigen, die nicht zwischen Ideologie, individueller Entscheidung und Gemeinschaft qua Geburt unterscheiden. War es in den 1990er Jahren MigrantInnenzusammenschlüssen noch möglich, vereinzelte Veranstaltungen zum Thema Antisemitismus unter MigrantInnen abzuhalten, ohne als „rassistisch“ angefeindet zu werden, so dominiert heute die Rede von „Uncle Tom“, von „Kronzeugen“ und Ähnlichem. Dass MigrantInnen Erfahrungen von Rassismus machen und alldieweil Antisemiten sein

⁴² Vgl. o. A., Fremdarbeiter-Debatte: „Lafontaine sollte sich historisch weiterbilden“, SPIEGEL, 05.07.2005. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/fremdarbeiter-debatte-lafontaine-sollte-sich-historisch-weiterbilden-a-363781.html>

können wie andere Deutsche und noch-nicht-Deutsche auch, geht nach wie vor nicht so einfach in ‚fortschrittlichen‘ Debatten durch. Noch weniger einsichtig ist vielen, dass nicht-jüdische MigrantInnen oder deren Nachfahren sich selbst gegen einen vorgeblich antirassistischen antisemitischen Konsens positionieren. Nach Moses gibt es die andere Position der MigrantInnen völlig abgetrennt von einem individuellen rationalem Nachvollziehen der Geschichte der Shoah. Ein solches, von Ali Tonguç Ertuğrul, Sabri Deniz Martin und Vojin Saša Vukadinović im obigen Zitat angesprochenes, Nachvollziehen war und ist selbstverständlich möglich, auch oder gerade in einer MigrantInnenSelbstorganisierung. Das scheint aber unterdessen in Vergessenheit geraten und aus der Mode gekommen zu sein.

Im Folgenden soll abschließend anhand eines Beispiels einer migrantischen Intervention in den 1990er Jahren zusammengefasst werden, wie (multidirektionale?) Bezugnahmen derer aussahen, die sich mit ihren Erinnerungen als ‚GastarbeiterInnen‘ oder deren Nachkommen in Deutschland damit auseinandersetzen mussten, dass sich die deutsche Gesellschaft nicht einmal von den bekannten Nazi-Verbrechern in ihrer Mitte abgewandt hatte. Darüber hinaus lenkt das folgende Beispiel die Aufmerksamkeit auf die Kluft, die zwischen mancher migrantischen und der abgewehrten Erinnerung der deutschen Gesellschaft besteht. 1994 sprach der Bundesgerichtshof einen Wehrmachtssoldaten, der 1943 in dem italienischen Dorf Caiazzo bei Neapel 22 Menschen ermordet hatte, von seiner Tat frei. Einige Monate später protestierten (Nachkommen von) MigrantInnen gegen diese Entscheidung und gleichzeitig gegen das anhaltende Schweigen über das Verbrechen und die Unterstützung des Täters in seinem Heimatort Ochtendung bei Koblenz. Das Gericht erklärte die Tat für verjährt, obwohl es gleichzeitig feststellte, dass der Mann schuldig war. Was das Gericht als verjährt und damit nicht als Verbrechen gegen die Menschlichkeit ansah, war der von Leutnant Lehnigk-Emden angeordnete Massenmord an 15 Männern, Frauen und Kindern im Alter von drei bis 77 Jahren. Ein italienisches Gericht hatte ihn in Abwesenheit als Kriegsverbrecher zu lebenslanger Haft verurteilt. In Deutschland musste sich der Mann indes nicht für sein Verbrechen verantworten – bis er im Dezember 1993 zum ersten Mal in Deutschland verhaftet und ein Jahr später endgültig freigesprochen wurde. In den 50 Jahren zwischen 1943 und 1993 lebte Lehnigk-Emden als angesehener Bürger in der Stadt Ochtendung. Dort arbeitete er als Architekt und als sozialdemokratischer Politiker mit einem Sitz im Stadtrat. Außerdem hatte er den Vorsitz der Karnevalsgesellschaft inne und engagierte sich in der Arbeiterwohlfahrt, einer gemeinnützigen sozialdemokratischen Organisation.⁴³

43 Vgl. o. A., ‚Erklär mir, warum‘, in: Der Spiegel, 5.3.1995. <https://www.spiegel.de/politik/erklar-mir-warum-a-aceb61c4-0002-0001-0000-000009158268>

Dass postnazistische Karrieren wie die von Lehnigk-Emden bei Tätern aus Wehrmacht und SS üblich waren, ist nicht neu. Zudem berichtete das Fernsehmagazin *Panorama* 1997, dass genau diese Kriegsbeteiligten bzw. Täter Milliarden D-Mark als „Opfer“-Renten bekamen. Voraussetzung für die „Opfer“-Rente nach dem deutschen Gesetz zur „Sozialen Entschädigung und Versorgung von Kriegsopfern“ ist, dass man durch den Kriegsdienst verletzt wurde.⁴⁴ Und zu den rund 50.000 Kriegsverbrechern, die „Opfer“-Renten – zusätzlich zu ihren regulären Renten erhielten, gehörte auch Lehnigk-Emden. Laut *Panorama* erhielt er die Beiträge, weil er später beim Versuch, aus einem alliierten Kriegsgefangenenlager zu fliehen, ins Bein geschossen wurde. Das ist umso ungeheuerlicher, wenn man die deutsche Politik bei Entschädigungszahlungen an Überlebende von Lagern, an ZwangsarbeiterInnen, aber auch gegenüber Reparationsforderungen ehemaliger besetzter Länder bedenkt. Doch wie in vielen anderen deutschen Dörfern und Städten war die kriminelle Vergangenheit von Lehnigk-Emden für die Gemeinde, in der er einen recht hohen Status hatte, uninteressant – genauer gesagt: kein Problem. Die Bewohner der Kleinstadt wurden erst mit ihrem Verhalten gegenüber dem Mörder in ihrer Mitte konfrontiert, als dieser verhaftet wurde und sie sich im Zentrum des Medieninteresses wiederfanden. Als Fernsehteams in die Stadt kamen, wurden sie beschimpft und vertrieben, und der Sohn von Lehnigk-Emden sprach von „Itakern“, die einfach „zu emotional“ seien.

Im Aufruf zu einem Protest in Ochtendung ist zu lesen, dass die örtlichen Sozialdemokraten den juristischen Ausgang abwarten wollten, bevor sie Lehnigk-Emden aus der Partei ausschließen, und nach dem Freispruch keinen Grund dazu sahen. Und,

wir, unter anderem Migranten aus den Ländern, in denen die deutsche Wehrmacht Unheil angerichtet hat [...] werden dafür sorgen müssen, dass das Verbrechen, der Verbrecher, seine Beschützer und das Land, das sie beherbergt, aufgezeigt werden. [...] Immer wieder werden sie mit den Nachkommen ihrer Opfer konfrontiert werden.⁴⁵

Die Kundgebung war ebenso als Akt des Gedenkens an die Opfer von Caiazzo gedacht wie als Protest gegen die Deckung des Täters durch die Bevölkerung und Politik in Ochtendung. Darüber hinaus ist der Bezug zur Gegenwart ein deutlicher, wie in den folgenden Auszügen aus einer der Reden auf der Kundgebung deutlich wird:

⁴⁴ <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/1997/Steuermilliarden-fuer-Naziverbrecher-Deutsches-Recht-macht-Taeter-zu-Opfern,erste6952.html>

⁴⁵ O. A., ‚Auf nach Ochtendung‘, 13.4.1995. <https://cafemorgenland.home.blog/1995/04/13/auf-nach-ochtendung-04-1995/>

Wir richten diese Rede an die Bevölkerung von Ochtendung. Sie hat in den letzten Monaten bewiesen, dass sie nichts mehr zu schätzen weiß, als in Frieden und stiller Harmonie mit einem Massenmörder zu leben. [...] Jahrelang haben wir als Migranten in der Bundesrepublik gelebt.

Wir konnten uns davon überzeugen, dass in keinem anderen Land die Geschichte so lebendig ist wie hier. Aber eben nicht die Geschichte, wie wir sie von unseren Eltern und Großeltern kennengelernt haben. [...] Als wir von Ihrem Verhalten hörten, begannen wir zu recherchieren, denn wir wollten wissen, was das für Menschen sind, die in Ochtendung mit einem Kriegsverbrecher zusammenleben. Wir haben einen Ausflug gemacht. Ein Schild erinnert an eine Synagoge, die in der sogenannten ‚Reichskristallnacht‘ verbrannt wurde; Ochtendung hat einen alten jüdischen Friedhof, der zwischen 1933 und 1939 geschändet wurde. [...] es gab eine jüdische Gemeinde in Ochtendung. Diese Menschen zogen hier Kinder auf, feierten oder weinten, wie andere Menschen auch. Aus der Synagoge konnte man durchaus jüdische Melodien hören. Die Kinder spielten auf der Straße. Vielleicht machten sie Lärm, ärgerten die Nachbarn, wie andere Kinder auch. Diese, Ihre Nachbarn, verschwanden, Frauen, Männer, Kinder, Alte und Junge, Arme und Reiche, egal. Und sie kehrten nie zurück. Wussten Sie denn gar nichts? Vielleicht werden Sie sagen, das geht uns nichts an, wir waren zu klein oder noch gar nicht geboren. [...] dann fragen wir euch: Wer wohnt jetzt in ihren Häusern? Wer hat ihre Geschäfte übernommen? [...] In der Nähe wurden Brandanschläge auf Wohngebiete von Roma und Sinti verübt. Und wieder: Sie wissen nichts? ⁴⁶

Dieser Protest fand 1995 statt, am Sonntag vor dem 8. Mai – also zu einer Zeit, als schon seit einem Jahr heftige Debatten über die Frage geführt wurden, was und wem man an diesem Datum gedenken sollte. War es der 50. Jahrestag einer „Befreiung“ Deutschlands oder ging es um „Kapitulation“ oder gar um „Besatzung“? Hinzu kamen Auseinandersetzungen um die damals neu eröffnete Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht und eine immer lauter werdende Behauptung einer „deutschen Opferrolle“ in Bezug auf die alliierten Bombenangriffe auf deutsche Städte. Öffentliche (linke) Proteste in einigen Städten nahmen diese Argumente zum Ausgangspunkt und verkündeten z.B.: „deutsche Täter sind keine Opfer“ und dass Soldaten der Wehrmacht Massenmörder waren. Die geschlossenen Reihen (und Fensterläden) in Ochtendung müssen auch in diesem Kontext verstanden werden.

Wichtig ist das Beharren der Organisatoren der Demonstration auf einer grundsätzlichen Differenz bezüglich der Überlieferung und des Inhalts des Familiengedächtnisses. In einem der Redebeiträge ist nicht nur zu lesen: „Wir konnten uns davon überzeugen, dass die Geschichte in keinem anderen Land so lebendig ist wie bei uns. Aber eben nicht die Geschichte, wie wir sie von unseren Eltern und Großeltern kennengelernt haben“, sondern darüber hinaus: „Von ihnen wissen wir, was Sie oder Ihre Väter und Großväter in der Zeit zwischen 1940

46 Café Morgenland, Texte des Zorns, Leipzig 1996, S. 91–93.

und 1945 in unseren Ländern angerichtet haben. Dieses Wissen verfolgt uns.“ Dies deutet erstens eindeutig darauf hin, dass innerhalb dieser Familien über die Erfahrungen unter deutscher Besatzung gesprochen wurde, obwohl dies bei Personen, die kollaboriert haben, sicherlich weniger wahrscheinlich ist. Zweitens unterstreicht es, dass Männer und Frauen nach 1945 auch mit diesen Geschichten im Hinterkopf zur Arbeit nach Deutschland migrierten. Während in den Texten der Protestorganisatoren die emotionale Betroffenheit und das „Wissen[, das] uns heimsucht“, deutlich wird, steht im krassen Gegensatz dazu der Sohn von Lehningk-Emden mit seiner zynischen Ablehnung der angeblich „übermäßigen Emotionalität“ derer, die er als „Itaker“ bezeichnet. Er wird nicht vom Wissen einer familiären Erinnerung heimgesucht, im Gegenteil. Verknüpft man diese Episode mit der Annahme, dass (Arbeits-)Migranten eine „neutrale Erinnerung“ in Bezug auf Deutschland haben, wird die Intention eines „neuen Historikerstreits“, der „neue Deutsche“ instrumentalisiert, umso deutlicher: es geht um die Hoffnung, diese ‚neuen Deutschen‘ mögen endlich der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der Shoah ein Ende setzen, da sie dem neu-alten Antizionismus im Wege steht.

Dass nun – wie es in einem Untertitel von Moses’ Artikel heißt – „die Migrant:innen“ oder, in der Wortwahl von sowohl Moses als auch Rothberg, „neue Deutsche“ gegen die Erinnerung an die Shoah in Stellung gebracht werden, ist infam. Einzig noch infamer ist, dass eingewanderte Juden weder beim einen noch beim anderen mitgemeint sind. Sie sind weder ‚neue Deutsche‘ noch sind sie ‚Migrant:innen‘ und dies, obwohl eine große Anzahl jüdischer Frauen und Männer hierzulande aus der ehemaligen Sowjetunion immigriert sind. Was oft auch heißt, dass sie allein schon aufgrund der Sprache im Alltag mit Rassismus konfrontiert sein können, sozusagen zusätzlich zum Antisemitismus. Aber hier hat dann die vielbeschworene Intersektionalität ein Ende. So wie es überhaupt diesen Denkanstalten scheinbar um ‚Verwobenes‘ und ‚Ambivalentes‘ zu tun ist, derweil es um das Gegenteil geht: Man ist dies oder das und man steht hier oder da. Subjekt-position o muerte. Daß Juden und Jüdinnen weder MigrantInnen sein können noch ‚neue Deutsche‘, wird bei Moses noch dadurch unterstrichen – oder übertroffen –, dass sie ohnehin nur passiv als, „Aufforstung“ [sic] des hiesigen Judentums durch die deutsche Politik vorkommen. Die einzigen Juden, denen etwas mehr Agency zugestanden wird, sind linke, antizionistische Israelis („in Berlin“).

Es war hier die Rede von marginalen Ansätzen, die nicht zuletzt wütende Reaktionen und Debatten in der ‚deutschen‘ antirassistischen Linken auslösten – auch weil sie in der politischen Praxis in der Lage waren, Rassismus und Antisemitismus anzugehen und dabei die Erinnerung an die Shoah und eine grundlegende Solidarität mit Israel zur Basis zu haben.

Man muss sich hier vielerlei vor Augen halten. Erstens wurden die oben zitierten Auszüge aus „Antisemitismus unter MigrantInnen“ fast zwanzig Jahre vor der großen „Willkommenskultur“ verfasst, die allein schon deshalb mit Skepsis zu betrachten ist, weil zu hohe Erwartungen in selbstgemachte Enttäuschungen umschlagen. Erwartungsgemäß schlug dann auch das Willkommen um – entweder in Verleugnung von Antisemitismus, Sexismus und Homophobie oder in das altbekannte rassistische Ressentiment. Zweitens, und hier sind wir bei den akademisch-aktivistischen Erwartungen, waren und sind migrantische Stimmen dieser Art nicht vorgesehen – bzw. sie sind nicht diejenigen, die man hören möchte. In einem ‚dekolonisierenden‘ Mindset gibt es Kriterien für eine akzeptable „Subjektposition“ (Rothberg). Die „Subjektposition“ wird in Stellung gebracht gegen die nun verpönte „Identität“⁴⁷. Interessant daran ist, dass die Position aber immer noch keine Positionierung ist, obwohl gerade in den Literature Studies und Cultural Studies seit Jahren auch der Begriff der *positionality* kursiert, um das aktiv Sich-Positionieren zu benennen. Somit verbleibt die Subjektposition passiv und verweist im Grunde alle Subjekte zurück auf ihre „Positionen“ – ohne eine Positionierung. Auch hier scheint, wie beim angeblichen Gegensatzpaar der postkolonialen Erinnerung und der Shoah-Erinnerung, undenkbar, dass es um beides gehen könnte: Es gibt eine Position, in die man geworfen sein worden mag – und die in vielerlei Hinsicht durch gesellschaftliche Zwänge und Zustände verschieden ist –, und die Möglichkeit oder Notwendigkeit der Positionierung, die weder identisch sein muss mit einer Position noch mit den Erwartungen aufgrund einer solchen. Michael Rothbergs nachfolgende Abhandlung trägt den Titel *The Implicated Subject*, also „das beteiligte/mitschuldige Subjekt“ – als gäbe es ein unbeteiligtes. Gleichwohl deutet dies auf etwas hin, woran sich alle abarbeiten sollten: alle sind irgendwie impliziert.

Literatur

Avidan, Igal. Diplomatische Beziehungen Deutschland-Israel. Jubiläum einer Vernunftfehde, in: Deutschlandfunk Kultur, 24. 04. 2015, https://www.deutschlandfunkkultur.de/diplomatische-beziehungen-deutschland-israel-jubilaeum.1079.de.html?dram:article_id=318096 (Stand: 02. 08. 2021).

⁴⁷ Michael Rothberg spricht dezidiert von „subject position“ versus „identity“, vgl. Multidirektionale Erinnerung. Holocaustgedenken im Zeitalter der Dekolonisierung, Livestream der Universität Innsbruck, 11.05.2021, <https://www.youtube.com/watch?v=KfHBtMqikrE> (Stand: 08.08.2021).

- Baader, Maria. Zum Abschied. Über den Versuch, als jüdische Feministin in der Berliner Frauenszene einen Platz zu finden, in: Ika Hügel/Chris Lange/May Ayim/Illona Bubeck/Gülßen Aktaş/Dagmar Schultz (Hrsg.), *Entfernte Verbindungen. Rassismus, Antisemitismus, Klassenunterdrückung*, Berlin 1993, S. 82–94.
- Bangel, Christian. Tweet vom 29.10.2019, <https://twitter.com/christianbangel/status/1189058579183099904> (Stand: 15.08.2021).
- Bodemann, Y. Michal. *Gedächtnistheater. Die jüdische Gemeinschaft und ihre deutsche Erfindung*, Hamburg 1996.
- Bruckner, Pascal. *Der eingebildete Rassismus. Islamophobie und Schuld*, Berlin 2020.
- Café Morgenland (Frankfurt/M.)/KöXüZ (Berlin). *Antisemitismus unter MigrantInnen. Eine Rede gegen falsche Gemeinsamkeiten*, 23.05.1997, https://direnis.tripod.com/texte/antisemitismus_unter_migrantInnen.htm (Stand: 03.08.2021).
- Café Morgenland, *Texte des Zorns*, Leipzig 1996.
- Ertuğrul, Ali Tonguç/Sabri Deniz Martin/Vojin Saša Vukadinović. *Linkspatrialistischer Rassismus*, in: *Jungle World* 28/2021, 15.07.2021.
- Finkelstein, Norman G. *The Holocaust Industry. Reflections on the Exploitation of Jewish Suffering*, London/New York 2000. In deutscher Sprache: *Die Holocaust-Industrie. Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird*, München 2001.
- Fulbrook, Mary. *German National Identity after the Holocaust*, Cambridge 1999.
- Geisel, Eike. *Triumph des guten Willens – Gute Nazis und selbsternannte Opfer. Die Nationalisierung der Erinnerung*, Hamburg 1998.
- Gelbin, Cathy S./Kader Konuk/Peggy Piesche (Hrsg.), *AufBrüche. Kulturelle Produktionen von Migrantinnen, Schwarzen und jüdischen Frauen in Deutschland*, Königstein/Taunus 1999.
- Gelbin, Cathy S. Die jüdische Thematik im (multi)kulturellen Diskurs der Bundesrepublik, in: Cathy S. Gelbin/Kader Konuk/Peggy Piesche (Hrsg.), *AufBrüche. Kulturelle Produktionen von Migrantinnen, Schwarzen und jüdischen Frauen in Deutschland*, Königstein/Taunus 1999, S. 87–111.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación. *FeMigra Reloaded. Migrantischer Feminismus und Bündnispolitik*, in: *Migrazine* 2019/1, <https://www.migrazine.at/artikel/femigra-reloaded-migrantischer-feminismus-und-bundnispolitik> (Stand: 15.08.2021).
- Heidenreich, Nanna/Vojin Saša Vukadinović. *In Your Face: Activism, Agit-Prop and the Autonomy of Migration; The Case of Kanak Attak*, in: Reinhild Steingrüber/Randall Halle (Hrsg.), *After the Avant-Garde. Contemporary German and Austrian Experimental Film*, Rochester 2008, S. 131–156.
- Hügel, Ika/ Chris Lange/May Ayim/Illona Bubeck/Gülßen Aktaş/Dagmar Schultz (Hrsg.), *Entfernte Verbindungen. Rassismus, Antisemitismus, Klassenunterdrückung*, Berlin 1993.
- Initiative „GG 5.3 Weltöffnenheit“. *Plädoyer/Statement*, https://www.humboldtforum.org/wp-content/uploads/2020/12/201210_PlaedoyerFuerWeltOffenheit.pdf (Stand: 04.08.2021).
- Klingelschmitt, Klaus-Peter. „Babenhausen ist jetzt judenfrei“, in: *taz*, 06.05.1997, <https://taz.de/!1401961/> (Stand: 14.08.2021).
- Komitee Schöna nicht vergessen!. *Infobroschüre zum 15. Jahrestag der rassistischen Ausschreitungen in Mannheim-Schöna*, 5/2007, <http://juz-mannheim.de/wp-content/uploads/2018/03/Sch%C3%B6nau-nicht-vergessen.pdf>, (Stand: 12.08.2021).
- KöXüZ. *Sonntagsgespräch*, in: *köXüZ*, 13/2000, S. 6–17.
- Lierke, Lydia/Massimo Perinelli (Hrsg.). *Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*, Berlin 2020.

- Migrantifa-Hessen, Tweet vom 16.10.2020, https://twitter.com/Migrantifa_HE/status/1317151254716551169 (Stand: 03.08.2021).
- Morgenland, Inc./Fluchschrift. Antisemitismus in Babenhausen. Sechs Jahre nach dem Brandanschlag, in: 6000, Juli 2003, zitiert nach haGalil, <https://www.hagalil.com/archiv/2003/08/babenhausen.htm> (Stand: 14.08.2021).
- Moses, A. Dirk. Der Katechismus der Deutschen, in: Geschichte der Gegenwart, 23.05.2021, <https://geschichtedergegenwart.ch/der-katechismus-der-deutschen/> (Stand: 23.07.2021).
- Vgl. o. A., „Erklär mir, warum“, in: Der Spiegel, 5.3.1995. <https://www.spiegel.de/politik/erclaer-mir-warum-a-aceb61c4-0002-0001-0000-000009158268>
- Rothberg, Michael. Multidirektionale Erinnerung. Holocaustgedenken im Zeitalter der Dekolonisierung, Livestream der Universität Innsbruck, 11.05.2021, <https://www.youtube.com/watch?v=KfHBtMqikrE> (Stand: 08.08.2021).
- Rothberg, Michael. Umgang mit dem Holocaust. Der neue Historikerstreit bedarf einer anderen Richtung, in: Die Zeit, 24.07.2021, <https://www.zeit.de/kultur/2021-07/umgang-mit-dem-holocaust-historikerstreit-kontroverse-voelkermord/komplettansicht> (Stand: 25.07.2021). In englischer Sprache: <https://www.zeit.de/kultur/2021-07/dealing-with-the-holocaust-historikerstreit-controversy-genocide-english/komplettansicht> (Stand: 25.07.2021).
- Schmidt, Till. „Eine sehr eigenwillige Deutung“. Interview mit Volker Weiß, in: taz, 09.06.2021, <https://taz.de/Debatte-um-Erinnerungskultur/!5773157/> (Stand: 16.08.2021).
- Zelik, Raul. Friss und stirb trotzdem, Hamburg 1997.

Filme

Babenhausen, R: Hito Steyerl (D) 1997, 4 min.

Duvarlar – Mauern – Walls, R: Can Candan (USA/TR) 2000, 83 min. <https://www.bpb.de/mediathek/305232/duvarlar-mauern-walls>